Einzelpreis 2000000 Mark

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Abend-Ausgabe

Jahrg. 216 Nr. 453

Bezugspreis: vom 20.–29. Sept. Mark 15 000 000.— Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadensersatz. — —

Halle-Saale

Donnerstag, 27. Sept. 1923

Anzeigenpreis: (Multiplikator: Schlüsselzahl des V. D. Z. V. = 80 000). Die 8 gespalt. 34 mm breite Millimeterzeile 40 M., Kleine n. Familien-Anzeigen 20 M., Stellengesuche 10 M. Die 8 gespalt. 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 200 M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6209 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Vorbeugungsmaßregeln der Reichsregierung

Diktatur in Bayern

Verschärfter Ausnahmezustand im Reiche

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 27. September.

Eine heute nacht veröffentlichte Verordnung des Reichspräsidenten lautet:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe ins Brief-, Post-, Telegramm- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und Beschlagnahmungen sowie Beschränkung des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auch auf militärische Befehlshaber übertragen kann. Im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern kann der Reichswehrminister zur Mitwirkung bei Ausübung der vollziehenden Gewalt auf dem Gebiet der Zivilverwaltung Regierungskommissare ernennen.

§ 3. Die Weisungen des Befehlshabers an die Zivilverwaltung und Gemeindebehörden sowie seine allgemeinen Anordnungen an die Bevölkerung sind, bevor sie ergehen, zur Kenntnis der Regierungskommissare zu bringen. Allgemeine Vorschriften des militärischen Befehlshabers, die Beschränkungen nach § 1 enthalten, bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Zustimmung des Regierungskommissars, sofern ein solcher eingesetzt ist.

§ 4. Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers und des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft. Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögenseinziehung erkannt werden. Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5. Die in dem § 315 Absatz 2 (Beschädigungen von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündigung der Verordnung begangen sind. Unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden, ebenso in den Fällen des § 122 Absatz 2 (Rädelsführer und Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffe oder im bewußten und gewollten Zusammentreffen mit Bewaffneten begangen hat.

§ 6. Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister für Justiz außerordentliche Gerichte auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1921 zu bilden. Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer der in § 9 aufgeführten Straftat auch die Vergehen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 7. Die Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Berlin, 26. September 1923.

Der Reichspräsident. gez. Ebert.

(gegengezeichnet) Der Reichskanzler. Dr. Stresemann.

Die „Deutsche Zeitung" auf 3 Wochen verboten

Berlin, 27. September.

Die „Deutsche Zeitung" ist vom Reichsinnenminister wegen Abdrucks der Rede des Hauptmanns a. D. Heiß in Neumark i. d. Oberpfalz auf drei Wochen verboten worden.

Dr. v. Kahr Diktator von Bayern

München, 27. September.

Wie die Korrespondenz Hoffmann amtlich mitteilt, hat das bayerische Gesamtministerium eine Verordnung über einstweilige Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Bayern erlassen und bis auf weiteres den oberbayerischen Regierungspräsidenten Dr. v. Kahr als Generalstaatskommissar bestellt, an den die vollziehende Gewalt sofort übergeht. Alle Behörden des Reiches, der Länder und der Gemeinden bleiben in ihrer Tätigkeit, haben aber mit Ausnahme der militärischen und gerichtlichen Behörden den Anordnungen und Verfügungen des Generalstaatskommissars Folge zu leisten. Er ist berechtigt, jederzeit an ihrer Stelle Amtshandlungen vorzunehmen, und befugt, die Hilfe der Wehrmacht anzufordern. Durch diese Verordnung sind auch Beschränkungen der persönlichen Freiheit, der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes und des Postgeheimnisses sowie Haussuchungen und Beschlagnahmen zulässig.

Berlin, 27. September.

Die Ernennung v. Kahrs zum Generalstaatskommissar von Bayern wird vom „L. A." als eine Aktion der bayerischen Regierung bezeichnet, die sich nicht etwa gegen die Einheit des Reiches richte, sondern aus Sorge um ihre Aufrechterhaltung auch in diesen sturmbewegten Tagen hervorgegangen ist.

Das „B. T." läßt sich aus München melden, daß durch die Ernennung Kahrs die bayerische Staatsregierung der Ausrufung Hitlers zum Diktator zuvorzukommen suche, indem sie ihrerseits einen Diktator bestellte.

Auch der „Vorwärts" urteilt über die Maßnahme der bayerischen Regierung in ähnlicher Weise.

München, 27. September.

Generalstaatskommissar v. Kahr erließ eine Kundgebung, in der er versichert, daß seine Amtshandlungen von heißer Liebe zur bayerischen Heimat, zum deutschen Volke und zum großen deutschen Vaterlande getragen sein werden. Gegen alle vaterlandsfeindlichen Handlungen und gegen jeden Widerstand gegenüber seinen Anordnungen werde er rücksichtslos auftreten.

*

München, 27. September.

Der Führer der Sturmabteilung Roßbach erläßt einen Aufruf „an alle Roßbacher und Parteigenossen", am Freitag, 28. September, abends 8 Uhr im Löwenbräu zu einer machtvollen Kundgebung zu erscheinen, in der unter der Parole „Roßbach muß heraus" gegen die Behandlung des Führers Roßbach in Leipzig protestiert werden soll.

Einen weiteren Aufruf erlassen die Nationalsozialisten an alle deutschvölkischen Motorradfahrer und Automobilisten, in die Motorrodverbände und die Autostaffeln der nationalsozialistischen Arbeiterpartei einzutreten.

Die bayerische Regierung an ihr Volk

München, 27. September.

Die bayerische Regierung veröffentlicht nachstehenden

Aufruf:

Die Reichsregierung mußte sich entschließen, den Kampf, den das deutsche Volk seit dem 11. Januar an Rhein und Ruhr geführt hat, abzubrechen, da die Geldmittel zur Fortführung des Kampfes die Kräfte des Reiches übersteigen. Auch die bayerische Regierung hat dies anerkannt und dem Beschluß der Reichsregierung zugestimmt. Ministerpräsident Dr. von Knilling hat in den Beratungen, die am 25. September in Berlin stattgefunden haben, darüber hinaus und zugleich nachdrücklich hervorgehoben, daß die auch von England anerkannte

Rechts- und Vertragswidrigkeit des Ruhreinbruches

fortbestehen bleibt und daß diese Tatsache von der Reichsregierung entschieden herausgestellt und zur Grundlage ihres weiteren Verhaltens gemacht werden muß. Der von den Einbruchsmächten gebrochene Vertrag von Versailles dürfte auch von uns nicht mehr als verbindlich angesehen werden. Der Ministerpräsident weiß sich mit dieser Stellungnahme in Uebereinstimmung mit dem weitaus überwiegenden Teil des bayerischen Volkes, das in Spannung und in inniger Anteilnahme den Kampf an der Ruhr verfolgte und mit tiefer Trauer die Umstände beklagt, die zu seiner Beendigung führten.

Die Erschütterung aus dieser Entwicklung ist so stark, daß sie zu Störungen der öffentlichen Ruhe führen kann. Das würde aber nichts nützen, sondern nur Not und Elend noch vermehren. Das Ansehen Bayerns könnte auf das schwerste gefährdet werden. In solcher Lage muß die Staatsregierung

die Zügel straff in der Hand behalten.

Sie muß solchen Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung begegnen und kann Unverantwortlichen keinen Einfluß auf den Gang der weiteren Verhältnisse einräumen. Sie allein ist verantwortlich. In diesem Bewußtsein ihrer Verantwortung und angesichts der Gefahren, die die gegenwärtige Lage in sich schließt, hat sich die Staatsregierung entschlossen, besondere Maßnahmen zu treffen. Sie hat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung einen besonderen Generalstaatskommissar in der Person des Regierungspräsidenten von Kahr bestellt und ihm die vollziehende Gewalt übertragen. Die Staatsregierung ist entschlossen, auch in der gegenwärtigen schwierigen Lage

Volk und Staat zu schützen.

Sie richtet an die bayerische Bevölkerung die Aufforderung, sie zu unterstützen, Ruhe und Besonnenheit zu wahren und sich von Unverantwortlichen nicht mißbrauchen und irreführen zu lassen.

Der Aufruf

Die Reichsregierung hat einen Aufruf an das deutsche Volk gerichtet, in dem sie den Abbruch des Kampfes an der Ruhr verkündet. Man wird angesichts dieses Aufrufes nicht mehr darauf eingehen, ob der Abbruch des Kampfes eine unbedingte Notwendigkeit war, und, wenn es eine war, ob er in dieser Form, wie wir es in den letzten Wochen erlebten, erfolgen mußte. Man wird den Aufruf an sich auf sich wirken lassen, und man wird dann das, was in diesem Aufruf gesagt ist, was dem deutschen Volke und was unseren Gegnern gesagt ist, mit wehem, aber auch heißem und entschlossenem Herzen mitsprechen müssen.

Wenn es ein Gewissen der Welt gäbe, so wären die Worte dieses Aufrufes der deutschen Regierung, die die Gewalttat an der Ruhr schildern, und die wie vor der Geschichte anprangern, gewiß geeignet, auf dasselbe zu wirken. Aber wir haben verlernt, an das Gewissen der Welt zu glauben, und so müssen wir fürchten, daß auch diese Worte fast eindruckslos verhallen werden. Aber im Buche der Geschichte stehen sie geschrieben, und eine spätere Zeit wird dieses Dokument einmal herausholen und nach ihm die Rechnung aufmachen, die einmal doch aufgemacht werden muß und aufgemacht werden wird.

Diese Zeit wird kommen. Einmal wird sie kommen und alles, was in unseren Kräften steht, muß der Vorbereitung für diese Zeit gewidmet sein, selbst jetzt im tiefsten Dunkel, da sich ihre Dämmerung noch nicht am Horizonte zeigt. Das deutsche Volk hat unerhörte Geduld beweisen in den Jahren, die seit den unglückseligen Novembertagen des Jahres 1918 nun hinter uns liegen. Es wird weiter Geduld beweisen müssen, und es wird weiter lernen müssen, zu warten und in der Stille seelische Kraft zu sammeln, die unerläßliche Voraussetzung allen Kampfes um die Freiheit ist. Das ist die Hauptaufgabe, und diese Hauptaufgabe muß von allen erkannt werden, auch von denen, die heute noch abseits stehen, anderen Ideen nachlaufen, sich im rein Materiellen vergraben oder verzweifeln, weil ihnen der Mut der Hoffnung fehlt. Von dem Willen dieser Hauptaufgabe zu lösen, wenn die Zeit reif geworden ist, bereit zu sein, sie zu lösen, muß alles deutsche Leben mehr denn je vorher durchdrungen sein. Man braucht sie nicht an jede Straßenecke anzuschlagen. Unnütz darüber zu diskutieren, wie, mit welchen Mitteln und wann der Kampf um die Freiheit geführt wird und geführt werden muß, wenn wir stark genug sind, ihn gegen jeden Gegner aufzunehmen. Das Wort Gambettas mahne auch uns: „Immer daran denken und nicht davon sprechen!" Nähere Aufgaben müßten sofort gelöst werden. „Dafür zu sorgen, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Verstoßenen zurückkehren, bleibt die vornehmste Aufgabe der Reichsregierung." Dies ist nicht nur die vornehmste Aufgabe der Regierung, sondern die Pflicht des ganzen Volkes in seiner Gesamtheit. Von dieser Pflicht kann sich niemand ausschließen, sie zu erfüllen, kann keiner beiseite stehen, in ihrem Verfolg gibt es keinen Unterschied der Weltanschauung, keinen Unterschied der Stände und erst recht keinen der Partei. Dies ist das Erste und das Unbedingte, was erreicht werden muß und zu dessen Erreichung alles und jedes Mittel gut genug ist. Auf der rechten Seite des deutschen Volkes ist das Mißtrauen zu einer Lawine angewachsen, daß die Mittel, die von der gegenwärtigen Regierung angewandt und versucht werden, nicht die richtigen sind. Man wird den Streit, den wirklich mit dem Herzen geführten Streit über die Wahl der Mittel fortsetzen müssen, man wird aber nicht soweit in diesem Streit gehen dürfen, den Versuch mit diesen Mitteln von vornherein zu hindern und unmöglich zu machen. Bürgerkrieg macht für eine Zeit, deren Ende nicht absehbar ist, alles und jedes Mittel unmöglich. Die Regierung hat in diesem Aufrufe ein Versprechen und eine Versicherung gegeben. Dieses Versprechen und diese Versicherung ist gegeben worden, und das deutsche Volk wird sich daran halten. Es

Dollar: amtl. 142044000

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309272-15/fragment/page=0001

ist endlich die letzte Grenze des deutschen Entgegenkommens so umrissen und so klar gezeigt worden, daß nicht mehr an ihr gedeutelt werden kann. Der Gegner hat nun das Wort. Ihm ist die Grenze gezeigt. Wie er sich auch dreht und windet, er wird diese Grenze anerkennen müssen oder er muß es in Kauf nehmen, daß ihm die Verantwortung für die „Verweigerung des Friedens" bleibt und „für alle die Folgen, die daraus für die Beziehungen der Völker entstehen müssen."

Die Schutzpolizei dem Reichswehrminister unterstellt

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 27. September.

Auf Anordnung des Polizeipräsidenten ist die Berliner Schutzpolizei anläßlich des Ausnahmezustandes dem Reichswehrminister zur Verfügung gestellt worden. Die gesamte Schutzpolizei untersteht von heute ab dem Reichswehrgruppenkommando III. Alarmbereitschaft ist bisher noch nicht angeordnet worden.

Die neue Lage

(Drahtmeldung unseres ständigen Mitarbeiters.)

Berlin, 27. September.

Die Verhängung des Ausnahmezustandes im Reiche war angesichts der sich zuspitzenden Verhältnisse eine Notwendigkeit. Die Ernennung des Reichswehrministers Geßler zum Reichskommissar wird in allen bürgerlichen Kreisen als die richtige Wahl begrüßt werden. Es ist anzunehmen, daß der Regierungsdiktator sich unverzüglich mit dem neuernannten bayerischen Staatskommissar Dr. von Kahr in Verbindung setzen wird, um die reibungslose Mitteinanderarbeit zu gewährleisten. Die bayerische Notverordnung dürfte nach Besprechung mit der Reichsregierung in einzelnen Punkten eine Revidierung erfahren, da durch die Ernennung eines Reichskommissars für den Ausnahmezustand die Möglichkeit gewisser Kompetenzkonflikte, so z. B. im Verfügungsrecht über die Bahnen, entstehen können, wenn nicht in einer Aussprache die Begrenzungen der beiderseitigen Machtbefugnisse fest umrissen worden sind.

Angesichts des Ernstes der Lage erwartet man in politischen Kreisen Berlins jeder Parteirichtung, daß sich Differenzen zwischen dem bayerischen Staatskommissar und dem Reichskommissar loyal vermeiden lassen. Als äußerst ernst dagegen und vielfach schon eine unmittelbare Aktion des Reichs erheischend wird die Situation in Sachsen angesehen. Die Zustände dort sind unhaltbar geworden und es wird erwartet, daß der neue Reichskommissar sofort alle die ihm durch den Ausnahmezustand in die Hand gegebenen Mittel anwendet, um in Sachsen Ordnung zu schaffen und gefährlichen linksradikalen Ausbrüchen vorzubeugen.

Die Tätigkeit des Münchener Generalstaatskommissars

(Eigener Drahtbericht.)

München, 27. September.

Der neuernannte Generalstaatskommissar für Bayern Dr. v. Kahr hat die für heute abend angesagten vierzehn großen Versammlungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei verboten.

Die Ententevertreter beim Reichskanzler

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 27. September.

Der Reichskanzler empfängt heute im Laufe des Vormittags nacheinander die hiesigen Vertreter der Ententemächte, um mit ihnen über die innerpolitische Lage zu sprechen.

Die vaterländischen Verbände und der Ruhrkampf

Das Sprachrohr Dr. Stresemanns, die „Nationalliberale Korrespondenz", hat die öffentliche Feststellung der Vertreterversammlung der Vereinigten vaterländischen Verbände daß und inwiefern die Führer der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und ihre Verbündeten im bürgerlichen Lager den Verlust des Ruhrkampfes herbeigeführt haben, durch Verdächtigungen, abzuschwächen versucht. Die „N. L. C." hat die Frage aufgeworfen, ob die Vertreterversammlung der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands ordnungsgemäß einberufen und beschickt worden sei. Das Präsidium der genannten Verbände stellt demgegenüber fest, daß die Vorstände aller vaterländischen Verbände eingeladen wurden und erschienen sind, und daß sich darunter auch zahlreiche Mitglieder der Deutschen Volkspartei befunden haben, die in ihr wichtige Aemter bekleiden. Auch von ihnen wurde der in der betreffenden Entschließung gemachten Feststellung zugestimmt, welche bekanntlich schon zu Beginn des Ruhrkampfes zum offenen Bruch zwischen dem geschäftsführenden Vorsitzenden der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands, dem Abgeordneten Geisler, und Herrn Dr. Stresemann geführt haben.

Die Entente zu den Berliner Waffenfunden

Berlin, 27. Sept.

Wie verlautet, stehen in der Angelegenheit der kommunistischen Waffenfunde in Berlin Schritte der Entente bei der Reichsregierung bevor. Die Militärkommission fühlt sich beunruhigt, daß legale Waffenkäufe der russischen Regierung in Deutschland erfolgen könnten oder ausgeführt seien. Die Militärkontrollkommission will darin einen Bruch des Versailler Vertrages sehen, der Waffenverkäufe Deutschlands an das Ausland untersage.

Wie der „Vorwärts" zu dem Rechtfertigungsversuch der russischen Botschaft bemerkt, existieren in der Angelegenheit nicht nur Dokumente (Auswweise und Quittungen der russischen Botschaft), sondern es sind auch die Personen festgestellt, die mit dem „Referenten" der russischen Botschaft Petroff und mit Fischer über den Ankauf der jetzt beschlagnahmten Waffen verhandelt haben.

Der Abbau der Ruhrfront

Berlin, 27. September.

Laut „Vorwärts" hat die Reichsregierung die notwendigen Vorbereitungen zum schnellen Abbau der Ruhrfront getroffen.

Gröners Dank an die Eisenbahner

Berlin, 27. September.

Im Anschluß an die Proklamation der Reichsregierung hat der Reichsverkehrsminister an das Reichsbahnpersonal folgenden Erlaß gerichtet: Neun Monate lang habt Ihr für Recht und Gerechtigkeit gekämpft, habt Ihr an der Last unseres gerechten Abwehrkampfes getragen. Willig habt Ihr Euer Bestes eingesetzt, habt Eure Arbeit, habt Haus und Hof, der Gewalt weichend, verlassen müssen. Euere Treue wird Euch nicht vergessen werden. Wir brechen den Kampf ab. Die Sorge für alle, die an Leib und Leben, an Hab und Gut gelitten haben, wird weiter meine vornehmste Aufgabe sein. Die nötigen Maßnahmen zum Abbruch des Abwehrkampfes werden besonders von mir getroffen und bekanntgegeben werden.

Der Kanzler über die deutsche Kapitulation

Erklärungen Stresemanns im Auswärtigen Ausschuß

Berlin, 27. September.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute zusammen, um die Erklärungen des Reichskanzlers zur Aufgabe des passiven Widerstandes entgegenzunehmen. Neben dem Reichskanzler Dr. Stresemann waren die Reichsminister Dr. Hilferding, v. Raumer, Sollmann, Oeser und Dr. Höfle sowie die Staatssekretäre v. Maltzahn (Auswärtiges Amt), v. Rheinbaben (Reichskanzlei) und andere erschienen. Zum Vorsitzenden wurde Abgeordneter Dr. Schulz (D. Vp.) gewählt.

Zunächst ergriff der Kanzler das Wort und betonte, daß er angesichts der schweren Entscheidung, die die Reichsregierung getroffen habe, ein Bild der außenpolitischen Lage zu geben wünsche, wie sie sich seit dem Wechsel des Kabinetts vollzogen habe. Die Reichsregierung habe sich entschlossen, den passiven Widerstand aufzugeben, und werde demzufolge die Verordnungen zurückziehen, die sich auf seine Durchführung bezögen. Der passive Widerstand hätte seinen Höhepunkt überschritten und seine anfängliche moralische Stütze allmählich eingebüßt. Eine nachträgliche Kritik, ob er durch eine andere Führung hätte erfolgreicher gestaltet werden können, ändert nichts an dieser Tatsache. Nach den Angaben der berufenen Vertreter aus den besetzten Gebieten hätte der passive Widerstand nur noch eine gewisse Zeit aufrechterhalten werden können, ohne ihn der Gefahr eines Zusammenbruches in sich selbst auszusetzen. Der Kanzler legte dann des näheren das Verhältnis der Ruhrausgaben zu der Finanzlage des Reiches dar, das in Bälde den schwersten finanziellen, in seinen Folgen nicht zu übersehenden Zusammenbruch zu bringen drohte. Er wandte sich dabei gegen diejenigen, die heute die schärfsten Steuermaßnahmen zur Durchführung des passiven Widerstandes forderten, und die die gleichen seien, die sich noch soeben gegen die allzugroße Belastung durch die zuletzt vom Reichstag bewilligten neuen Steuern gewendet hätten. Die Ueberlegung, ob die Fortführung des passiven Widerstandes durch einen teilweisen Abbau der Ruhrkredite möglich gewesen sei, hätte ein negatives Resultat ergeben. Durch eine solche Maßnahme sei weder der passive Widerstand nachdrücklich aufrechtzuerhalten noch auch die Gefahr des finanziellen Chaos abzuwenden gewesen. Dem drohenden vollkommenen Währungsverfall hätte man so nicht entgegentreten können. Nach Prüfung der Sachlage habe sich daher das Reichskabinett schon vor längerer Zeit entschlossen, die Aufgabe des passiven Widerstandes zu erwägen. Die Versuche, die Stillegung des Widerstandes zu verbinden mit französisch-belgischen Maßnahmen zur Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen usw., seien erfolglos geblieben, da der französische Ministerpräsident sich auf den Standpunkt festgelegt hätte, vor Abbruch des Widerstandes nicht in Verhandlungen einzutreten. So habe man sich dazu entschließen müssen, den Ruhrkampf aus innerdeutschen wie außenpolitischen Momenten aufzugeben, weil dessen Fortführung ohne jeden Zweifel zu einem vollkommenen Zusammenbruch im Innern geführt hätte. Diese Sachlage sei geschaffen worden durch die Entwickelung der machtpolitischen Verhältnisse, die stärker gewesen seien als die moralische Gegenwehr, die das Reich demgegenüber aufzubringen vermocht hätte. Was die Vorbereitungen betreffe, um das Ruhr- und Rheingebiet nunmehr in einen einigermaßen normalen Zustand zu überführen, so könnten hierfür nur Eventualrichtlinien festgelegt werden, da es nicht von Deutschland allein abhänge, wie sich diese Dinge nunmehr vollziehen sollen. Der Reichskanzler betonte nochmals, daß in der Aufgabe des passiven Widerstandes in all den Beratungen der letzten Tage nicht von einer einzigen Seite ausgesprochen worden sei, daß man sich von einer Fortsetzung des Widerstandes bei Finanzierung von deutscher Seite irgend etwas verspreche. Der deutschnationale Vorschlag, mit Frankreich zu brechen und die Verpflegung der besetzten Gebiete sowie die Wiederinstandsetzung ihrer Wirtschaftslage zunächst der Sorge Frankreichs und Belgiens zu überlassen, habe gerade bei Vertretern jener Gebiete die schärfste Beurteilung erfahren. Man würde darin im Rheinland ein Aufgeben, ja vielleicht einen Verrat am Rheinlande sehen. Der Aufruf, den die deutsche Regierung gemeinsam mit dem Herrn Reichspräsidenten erlassen habe, bringe zum Ausdruck, um was bei den Verhandlungen, vor denen man stehe, zu kämpfen sei. Das seien vor allem die großen Menschheitsfragen, die Frage der Gefangenenfreilassung und die Zurückführung der Vertriebenen, sowie die große politische Frage über die Zukunft des deutschen Rheines und der deutschen Ruhr. Die Erklärungen, die in dem Aufruf abgegeben seien, würden die festen Grundlinien bilden, nach denen die Reichsregierung verhandeln werde.

In der nachfolgenden Diskussion billigten die Abgeordneten Graf Bernstorff (Demokrat.), Dr. Breitscheidt (Soz.), Dr. Spahn (Ztr.) und Dr. Scholz (D. Vp.) die Ausführungen des Reichskanzlers über die Notwendigkeit der Aufgabe des passiven Widerstandes, wie dies in der öffentlichen Regierungserklärung bereits dargelegt ist, und stellten sich hinter die Politik der Reichsregierung. Abg. Dr. Helfferich (Deutschnat.) forderte, daß der passive Widerstand durch den Bruch mit Frankreich abgelöst werde. Abg. Koenen (Komm.) mißbilligte die Form des Abbruches des passiven Widerstandes. Für die Liquidierung der Ruhrkrise sei eine Arbeiter- und Bauernregierung und die Schwerterfassung Voraussetzung gewesen. Zum Schluß sprach noch Abg. Müller-Franken (Soz.), der ausdrücklich jedes Wort des Aufrufes der Reichsregierung billigte. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Fortdauer der Ruhrbesetzung auf unbestimmte Zeit

Paris, 26. September.

Die Ruhrbesetzung wird nach einem Berichte des Brüsseler Korrespondenten des „Temps" so lange unverändert fortdauern, bis die deutsche Reparationsschuld getilgt, garantiert oder begeben sein wird. Die Zollschranken um das Ruhrgebiet sollen ebenfalls nicht fallen. Diese Zwangsmaßnahme soll als Kontrollmaßregel fortdauern, weil man durch den Verkauf der während der Besetzung angehäuften Warenvorräte nicht schwere wirtschaftliche Erschütterungen hervorrufen wolle. Natürlich ist diese Gewaltmaßnahme nur dazu bestimmt, um der der französischen und belgischen Industrie drohenden Konkurrenz zu begegnen. Wenn die deutsche Industrie infolge der alliierten Kontrolle nicht ausführen kann, wird sie nicht in der Lage sein, Reparationslasten zu übernehmen. Weiter sagt der Berichterstatter, daß die Industriellen die Ausfuhrerlaubnisscheine nach Entrichtung von Steuern und Taxen erwerben. Die Kohlen-, Farbstoff- und Holzlieferungen werden sofort aufgenommen werden müssen, und dann erst werde die Lage wiederhergestellt sein, wie sie vor dem 11. Januar bestand. Würde sich im Laufe mehrerer Monate zeigen, daß Deutschland die ihm auferlegten Bedingungen erfüllt, dann könnte der Charakter der Ruhrbesetzung geändert werden. Auch die Freilassung der Verhafteten und die Rückkehr der Vertriebenen werde erst erwogen werden, wenn die Lage im Ruhrgebiet wieder normal sein werde.

Der Trumpf der Franzosen

Düsseldorf, 27. September.

Das in Düsseldorf von der französischen Besatzungsbehörde unter Aufsicht Degouttes herausgegebene „Düsseldorfer Nachrichtenblatt" befaßt sich mit der weiteren Entwicklung der Dinge im Ruhrgebiet. In einem Artikel wird u. a. ausgeführt: Die Berliner Telegramme sprechen von einer Massenamnestierung, von einer Zurückführung der Ausgewiesenen und von anderen Bedingungen, welche sich die deutsche Regierung zu erreichen schmeichle. Wir glauben, so sagt das Blatt, daß wir, wenn wir solche Illusionen fortbestehen lassen, die Entspannung nicht erleichtern, sondern vielmehr verzögern würden.

Die für Verurteilen lebhaftes des Widerstandes Angeschuldigten, Bestraften, Abgeschobenen und Ausgewiesenen haben sämtlich kein Recht auf Amnestierung oder Rückkehr.

Gnadenmaßnahmen können nur getroffen werden, wenn die alliierten Behörden nach Prüfung jedes einzelnen Falles, der ihnen unterbreitet wird, sich auf den Standpunkt stellen, daß die zu treffenden Maßnahmen nicht die Sicherheit der Truppen, die Ertragsfähigkeit der Pfänder und die Durchführung des zur Einziehung der Reparationen notwendigen Programms gefährden.

Daß die Einstellung des passiven Widerstandes vom französischen Nachrichtendienst mit Genugtuung als bedingungslose Kapitulation gebucht wird, ist wohl verständlich. Aber damit allein ist Frankreich freilich noch nicht zufrieden, wie aus den Schlußworten: „Unterwerfen ist gut, Zahlen aber besser" nur allzu deutlich hervorge[illegible]

Englands Interesse an den Ereignissen in Deutschland

London, 27. September.

Die Blätter bringen ausführliche Berichte über die Ereignisse in Deutschland. Die Proklamation des Reichspräsidenten wird in ihrem vollen Wortlaut veröffentlicht. Die gestern in später Stunde eingetroffene Meldung über die letzten Vorgänge in Bayern werden zum Teil als Revolution beziehungsweise Beginn eines Faszistenregimes bezeichnet.

Die französische Presse über die Ebertproklamation

(Drahtmeldung unseres ständigen Mitarbeiters.)

Paris, 27. September.

Der ungünstige Eindruck, den die Proklamation des Reichspräsidenten in hiesigen Kreisen gemacht hat, bestätigt sich. Die Morgenblätter bemängeln sowohl die Form als den Inhalt des Aufrufes.

Jouvenel schreibt: Stresemann hat wenigstens die volle Verantwortung für das Aufhören des Widerstandes übernommen. Er hat diese Verantwortung restlos auf sich geladen, ohne den Versuch zu machen, sie auch nur zum geringsten Teil auf die Bevölkerung der Rheinlande, die politischen Parteien oder die deutschen Staaten zu wälzen. Diese Art und Weise, die Niederlage zu betonen, hat wenigstens einen gewissen Schwung und Schneid. Der unglückliche Präsident Ebert (!) dagegen bemüht sich vergeblich, den Anschein zu retten. Er zieht es vor, das Wort Niederlage nicht auszusprechen, doch ist seine Proklamation im Stile des Besiegten gehalten. Jouvenel befürchtet, daß die französischen Nationalisten angesichts dieser Proklamation behaupten werden, daß die Stunde des Sieges noch nicht da wäre. (Diese Nationalisten wünschen bekanntlich ein längeres Verbleiben Frankreichs im Ruhrgebiet.) Es bedeutet eine armselige Politik für das deutsche Volk, erst zu kapitulieren und dann dem Sieger das Recht bestreiten zu wollen, aus dieser Kapitulation Vorteile zu ziehen. Diese Politik charakterisiert aber den Brief des Reichspräsidenten.

Pertinax im „Echo de Paris" hält dagegen lediglich am Eingeständnis der Niederlage fest Ebert habe erklärt, um das deutsche Volk und den Staat am Leben zu erhalten, sei man heute vor die harte Notwendigkeit gestellt, den Kampf aufzugeben. Dieser Satz sei der allein ausschlaggebende in der ganzen Proklamation. Er rechtfertige sowohl für die Vergangenheit wie die Zukunft, daß Deutschland den Vertrag nur unter der Gewalt ausführen werde. Auf den passiven Widerstand werden andere Formen des Widerstandes folgen und diese Dokumente des Reichspräsidenten, das nach Auffassung der deutschen Regierung die gesamte Welt von dem guten Recht Deutschlands überzeugen sollte, gebe letzten Endes eine schlagende Rechtfertigung der Politik vom 11. Januar.

Belgien für die restlose Bevollmächtigung der Reparationskommission

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 27. September.

Nach Meldungen aus Brüssel haben die belgischen Minister sich gestern abend im Verlaufe eines Kabinettsrates über die neugeschaffene Situation ausgesprochen. Es heißt, daß die belgische Regierung nur lediglich eine Rückkehr zur unsichtbaren Besetzung des Ruhrgebietes nach Maßgabe der Erfüllung und der deutschen Versprechungen wünsche. Die belgische Regierung ist außerdem von dem lebhaften Wunsche beseelt, daß die Vollmachten der Reparationskommission nach einer zwischen Frankreich und Belgien erfolgten Verständigung wieder in vollem Umfange und restlos wiederhergestellt werde. Die Reparationskommission soll ferner die Einberufung interalliierter Konferenzen zur Besprechung des Reparationsproblems vorbereiten.

Die Rheinländer gegen die Sonderbündler

Köln, 27. September.

Die politischen Parteien des Rheinlandes planen den Vernehmen nach am kommenden Sonntag eine große Massenkundgebung. Diese werde das Treugelöbnis der Rheinländer gegenüber den jüngsten Plänen der Sonderbündler dartun.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309272-15/fragment/page=0002

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung“

Circulus vitiosus

Ein neuer Plan der Reichsregierung: Wertbeständige Steuern, freier Getreidepreis, billiges Brot — Die Goldanleihe macht alles — Der Beginn einer neuen Inflationsperiode — Unmöglichkeit eines freien Marktes — Der verpaßte Zeitpunkt

Eine Fata morgana der Regierung

Von

Dr. Georg Wilhelm Schiele, Naumburg.

„..... Zahlte keiner von den Beiden,
ein System, das sich empfahl.“

Es gibt keine Unmöglichkeit, die nicht in der deutschen Reichsregierung möglich wäre. Es ist einmal wieder Panikstimmung wegen „Ernährungslage“. Man stellt fest, was alle Welt sieht, daß „die Bewegungsmöglichkeit der Ernte von Stadt zu Land erzeugt nicht gegeben ist,“ „vor allem durch das Fehlen eines wertbeständigen Zahlungsmittels.“ Und wie will man dem abhelfen? „Eine neue Vorlage ist vom Kabinett angenommen.“ Der Hauptinhalt ist: statt 1½ Millionen Tonnen sollen von der Reichsgetreidestelle 2½ erworben werden „zur Fortführung der Vorkriegsbrotversorgung in den Gebieten, wo die politische und wirtschaftliche Lage es unbedingt erfordern.“

Und wie soll das finanziert werden?

„Es ist im Einverständnis mit dem Reichsfinanzministerium der Weg gewählt worden, daß die Reichsgetreidestelle gegen Goldanleihe aufkauft.“ Die Goldanleihe kann unter Beibehalte einer besonderen Bescheinigung wertbeständig zur Zahlung der Landabgabe verwendet werden.

Dieses System hat offenbar sehr große Vorteile nach drei Seiten:

Erstens, der Landwirt erhält sein Getreide zu Tagespreisen von der R. G. bezahlt: in „Goldanleihe“ natürlich. Zweitens, er bezahlt seine Steuern an das Reich mit Goldanleihe“. Drittens, die Verbraucher, deren politische und wirtschaftliche Lage es unbedingt erfordert (an Forderungen auch es nicht fehlen), erhalten „Fortführung der Brotversorgung“, soll doch wohl heißen: Brotverbilligung auf Reichskosten.

Wertbeständige Steuern, Brotverbilligung, freier Preis für den Landwirt, alles auf einmal. Es heißt dann noch: „Wenn es gelingt, ein Zahlungsmittel zu schaffen, das von den Landwirten als wertbeständig angesehen werden kann, so ist zu hoffen, daß ..... u. s. w. Sollte sich hinter dem „Wenn“ der Frevel eines Zweifels verbergen?

Wir wollen uns einmal klar machen, daß 2½ Millionen Tonnen in Friedenszeiten die Kleinigkeit von 600 Millionen Goldmark ausmachten, etwa so viel, wie uns den Ruhrkampf, anständig, gekostet hat, oder den dritten Teil der Last, die uns die Erfüllungspolitiker aufbürden wollen.

Und dieser gigantische Wert wird spielend bewegt mit einer „Goldanleihe“. Diese Goldanleihe wird zwar weder in Gold oder Goldeswert wertbeständig angelegt, noch in Gold oder Goldeswert eingezahlt, aber sie ist „wertbeständig“ und bringt das Kunststück fertig, obwohl sie nichts ist als ein gedrucktes Papier, zwei Leute zugleich zu bezahlen, erstens den Landwirt, welcher für seine Ernte Papier erhält, und zweitens die Steuerkasse, welche an Stelle von echten Steuern Papier erhält. Allerdings, der Landwirt wird seine 2½ Millionen Tonnen los und das Reich erhält sie; aber nicht, um sie wertbeständig zu verwerten. Sondern die R. G. treibt damit „Brotverbilligung“, und die Verbraucher, welche „es unbedingt erfordern“, essen sie auf. Das heißt, das Reich verschenkt die Hälfte, und die andere Hälfte läßt es sich in entwertetem Papiergelde bezahlen. Damit ist dann die wertbeständige Anleihe verschwunden, wenn sie nicht von neuem ausgegeben wird.

Das Ganze ist nichts weiter als eine neue ungeheuerliche Inflation, geplant, beraten, genehmigt in einem Reichsfinanzministerium und Reichskabinett, welches die äußersten Anstrengungen macht, so gut es eben die Sache verträgt, die deutsche Währung gesund zu machen. Was gilt die Wette, daß nach wenigen Wochen die Getreidepreise in „Goldanleihe“ aufs Doppelte und Dreifache und noch mehr steigen werden? Dann bilden sich die Landwirte ein, der Roggen sei nicht mehr „zu billig“, die Verbraucher schreien über „Wucher“, die Steuerämter stehen vor leeren Kassen und die Papierpressen drucken „wertbeständige Goldanleihe“. Die Korruption, Verhetzung und Bewarmung der deutschen Nation steigt auf den Gipfelpunkt. Das Reich wird geplündert, die Ernte geht in Nebenkanäle, und die Unbedingt-Forderndren erhalten minderwertiges Brot, für das sie zu wenig und doch zu viel zahlen. Ich stelle fest, daß ich mich keines Vergehens gegen § 1 der neuesten Verordnungen: „Wer zur Steuerverweigerung auffordert,“ schuldig mache; denn ich teile die Ueberzeugung und spreche sie aus, daß auf diesem Wege die Landwirte eilends ihre Steuern bezahlen werden. Warum sollten sie nicht? Wo aber das Reich dann noch wirkliche Steuern herbekommen soll, neben dieser „wertbeständigen Goldanleihe“, die es selber druckt, das ist meinem Verstand verborgen.

Nur soviel weiß ich, daß das Objekt (2½ Millionen Tonnen), welches hier der Staat in die Hand nimmt, viel zu groß ist. Kein Erzeuger und kein Händler kann neben einem solchen großen Preisnacher vernünftig kalkulieren. Alles wird wieder zur Spekulation. Neben dieser großen öffentlichen Getreide-Verwirtschaftung und in einem derartigen Geld- und Preiswahn ist kein ehrlicher freier Markt und keine zuverlässige freie Wirtschaft, die den Wirtschaftsplan der nächsten Jahre auf der Grundlage dieses Jahres erreicht, möglich. Sondern die Folge ist nur Wucher, Spekulation, Schiebertum, Hamsterei, gegenseitige Beschimpfung, am Ende bitterer Mangel und Rückfall in die Zwangswirtschaft. Dann ist es mit Deutschland am Ende: Die Produktion geht rückwärts und die städtischen Massen müssen verhungern.

Hätte einer unserer vielen Reichsfinanzminister im Jahre 1919 oder 1920 oder noch später den Mut zu diesem Experiment gehabt, und hätte mit Papier 2½ Millionen Tonnen auf den Inlandsmarkt zu freiem, steigenden Preisen gekauft, statt 2½ Millionen Tonnen und noch ungeheure Fettmengen dazu auf dem Weltmarkt gegen Reichskredit und Papiergeld zu kaufen, so wäre die deutsche Inflation sehr viel langsamer verlaufen und die einheimische Produktion hätte unter diesem Ansporn vielleicht längst die Vorkriegsernten überschritten. Es wäre eine Inflation eine Anfeuerung von Landwirtschaft statt von Industrie gewesen, also ganz das Richtige in unserer Lage. Heute am Ende der deutschen Inflation ist das unmöglich und wirkt verheerend. r.a.

Berliner Devisenkurse.

Berlin, 27. Sept.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amstd.	55800000	56140000	Paris	8678250	8721750
Buen.	47481000	47719000	Schweiz	25336500	25463500
Brüssel	7381500	7418500	Spanien	19750000	19849500
Christiania	22743000	22857000	Japan	6829500	6917250
Copenh.	25536000	25664000	Jugoslavien	1690750	1704250
Stockholm	37905000	38095000	Rio de J.	13765500	13834500
Helsingfors	3820425	3839575	Oesterr. abgest	199500	200500
Italien	6484750	6516250	Prag	4269300	4290700
Lissabon	5986000	6015000	Budapest	7581	7619
Lond.	648375000	651625000	Bulgarien	1376550	3383450
New-York	142044000	142756000			

Zuteilungsquoten: Amsterdam —, Buenos Aires —, Brüssel —, Christiania —, Kopenhagen —, Stockholm —, Helsingfors 60%, Italien —, Lissabon —, London —, New-York —, Paris 20%, Schweiz 50%, Spanien 50%, Japan —, Jugoslawien 30%, Rio de Jan. —, Oesterreich 60%, Prag 20%, Budapest —, Bulgarien 50%.

Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft

d. In der G.-V., in der 100 271 Stimmen vertreten waren, wurde die Dividende auf 1½ fh. pro Anteil (i. V. 1 fh.) gleich 75 Proz. (i. V. 5 Proz.) festgesetzt. Auf Anfrage aus Aktionärkreisen erklärte zunächst Geschäftsinhaber Franz Urbig, daß eine Beschlagnahme der Otavi-Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft-Anteile nicht durch die Regierung verfügt sei, er allerdings nicht in der Lage sei, Vorauszahlungen bezüglich der weiteren Stellungnahme der Regierung abzugeben. Er könne nur hoffen, daß die Verwaltung nach Möglichkeit bestrebt sein werde, alle Gefahren von den Anteilseignern abzuwenden.

Weiterhin wurde von dem Vorstand zu der Aktionärfrage erklärt, daß die Aufstellung einer neuen Fördermaschine sich verzögert habe durch die Ruhrbesetzung. Die neue Maschine werde in etwa einem Vierteljahr in Betrieb genommen werden und hoffe man, die Förderung allmählich auf das Doppelte, das heißt 200 Tonnen gegen 100 Tonnen, zu steigern, sofern genügend Arbeitskräfte zur Verfügung ständen. Auf Konsortialkonto sei durch Vollzahlung auf Stamm- und Vorzugsaktien der Otavi Exploring Syndicate eine Steigerung eingetreten. Unter Debitoren sei eine Forderung an die südwestafrikanische Regierung. Die Gesellschaft habe ihr Erzvorkommen auf 5 Jahre aufgeschlossen. Es sei ihr bestreben, die Hüttenproduktion zu verstärken. Ein dritter neuer Hochofen werde nächstens in Betrieb genommen. Dieses sei wesentlich zur Ersparung von Frachtkosten, da man hochwertiges Material selbsten verwenden könne.

Notierungskommissionen im Produktenhandel

Von der Bezirkspreisprüfungsstelle des Regierungsbezirks Merseburg wird uns geschrieben:

Durch Erlaß des preußischen Handelsministers vom 4. August 1923 sind für den Produktenhandel neue Notierungskommissionen einzusetzen, die sich zu einem Drittel aus Vertretern des Großhandels, zu einem Drittel aus Vertretern des Einzelhandels und der Konsumgenossenschaften und zu einem Drittel aus Vertretern der Verbraucher zusammensetzen.

Der für unseren Bezirk hiernach zu errichtende Notierungsausschuß wird sich in den nächsten Tagen bilden. Wenn wir auch nicht die Hoffnung hegen, daß durch die Notierungsausschüsse die Warenpreise herabgesetzt werden, so bedeuten doch die notierten Preise die Grundlage für die Strafverfolgung.

---

d Donnersmarckhütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke A.-G. Der Hochofenbetrieb der Donnersmarckhütte ist, wie der „Deutsche Handelsdienst“ berichtet, wegen der enormen Verteuerung der Gestehungskosten, die ein Arbeiten mit Gewinn nicht zuläßt, erheblich eingeschränkt worden. Ein Hochofen wurde ausgeblasen, der Betrieb der anderen verkleinert. Die Nachfrage nach Roheisen ist andauernd groß. In der Rohrgießerei liegt noch Beschäftigung für einige Zeit vor. Die Auftragseingänge in der Konstruktionswerkstatt und der Kesselschmiede lassen zu wünschen übrig.

Salzpreise in Goldmark. Das Steinsalz-Syndikat G. m. b. H., Berlin, teilt mit, daß es die Salzpreise mit Wirkung vom 24. September ab in Goldmark festgesetzt hat. Der Grundpreis für Mahlung I beträgt 16,40 M., worauf sich die Preise der übrigen Salze und Körnungen aufbauen. Die Zahlungsbedingungen sind wie folgt festgesetzt: Die Rechnung ist in Goldmark auszustellen. Eine dem Rechnungsbetrage angemessene Zahlung ist innerhalb fünf Tagen nach Abgang der Ware laut Frachtbriefstempel in Papiermark zu leisten. Für die Umrechnung, dieser vorläufigen Zahlung in Goldmark gilt der Dollarbriefkurs vom Tage des Zahlungseinganges (1 Dollar = 4,20 Goldmark). Der sich hieraus etwa in Goldmark ergebende Restbetrag ist in Papiermark umgehend zum Kurse vom Tage des Zahlungsausganges zu leisten.

5 prozentige wertbeständige Goldkursanleihe der Provinz Sachsen. Die Sächsische Provinzialbank teilt mit, daß sämtliche Banken und Sparkassen die Goldkursanleihe zu 100 Prozent spesenfrei abgeben. (Siehe Anzeige in heutiger Ausgabe.)

Wertpapiere.

Berlin, 27. September. Infolge der gespannten politischen Lage hat die Nachfrage am Devisenmarkte wieder etwas zugenommen. Die Reichsbank gab ihre bisherige, seit einigen Tagen geübte Gepflogenheit der vollen Zuteilung auf und befriedigte den Bedarf für die führenden Plätze ungefähr zur Hälfte, doch wurde London noch voll zugeteilt. Am Geldmarkt hat sich die Lage weiter entspannt. Tagesgeld wurde mit 2 Prozent und darunter pro Tag zur Verfügung gestellt.

Halle, 27. September. Die Spannung der innen- und außenpolitischen Lage ließen eine Unsicherheit Platz greifen. Mit Rücksicht auf die hohen Warenpreise, Erhöhung der Löhne, Gehälter und Frachten sind die Kurse entschieden als zu niedrig zu bezeichnen. Wenn die Tendenz der heutigen Börse auch nicht so schwach war wie die gestrigen Berliner, so muß sie doch als uneinheitlich bezeichnet werden. Einigen Kurserhöhungen standen auch heute wieder Abschwächungen gegenüber. Bemerkenswert fest lag der Markt der festverzinslichen Werte, es waren zu bedeutend höheren Notierungen fast nur Geldkurse zu hören. Große Nachfrage herrschte nach Hall. Stadtanleihen, selbst zu 10fach höheren Kursen als vor acht Tagen kam kein Material heraus. Von Bankaktien gewannen Hall. Bankverein 5 Mill. Prozg., Gewerbe u. Handelsbank lag behauptet, dagegen hatten Landcredit, Effecten-Wechselbank und Zörbiger Bankverein Abschläge zu verzeichnen. Die Verluste betrugen 4 bis 7 Mill. Proz; bis auf Landcredit, die im Angebot lagen, herrschte Nachfrage. Von Montanwerten zogen Pfänner um 100 Mill. Proz. an, Prebitzer büßten 500 Mill. Proz. ein, während Riebeck zum letzten Kurse gehandelt wurden. Die Werte der Papierfabriken waren zu höheren Kursen gesucht, Ammendorfer plus 50, Cröllwitz plus 100 Mill. Proz. Von Textilwerten lagen Jentsch zu 25 Mill. Proz. niedrigerem Kurse im Angebot, Eilenburger Kattun minus 25 Mill. Proz., Hildebrandsche Mühlen konnten den letzten Kursverlust von 100 Mill. Proz. wieder einholen. Kathe lagen behauptet. Lindner konnten ihren Kurs um 45 Mill. Proz. heraufsetzen, Schraplauer Kalk dagegen büßten 80 Mill. Proz. ein. Heckert, die als eines der billigsten Papiere anzuspreien sind, waren zum Kurse von 25 Mill. Proz. begehrt. Der Markt der Maschinenwerte lag ebenfalls nicht einheitlich, Hall. Maschinen plus 25, Hall. Röhren plus 50, Moritz Jahr plus 45 Mill. Proz. Dagegen verloren Wegelin u. Hübner 15, Brünner 10 und Kupfhäuserhütte 120 Mill. Proz. Das Bezugsrecht von Kupfhäuserhütte gelangt am 29. 9., 2. 10. und 14. 10. zur Notierung.

Die Werte des Freiverkehrs verkehrten in ziemlich fester Haltung, es notierten: Hildebrand jg. 150—140—185 bez., Kupfhäuserhütte jg. 90 bez., Lindner jg. 150 bez., Zimmermann jg. 33 G., Api 400—430, Arternbank 30 bez., Bernburger Saalmühlen 30—35—40 bez., Bühring 40 G., Cäsar u. Loretz 120 G., Concordia 50 G., Halle Malz —, Hanfimport 18—20, Iduna Tr. 4 G., Krügershall 400 G., Mansfeld 600—510—525, Micifa 40 bez., Vester 20 bez. G., waren von vielen Seiten angeboten, Zörbiger Creditverein 15—18. Die übrigen Werte waren mangels Materials gestrichen.

Produkte.

Berlin, 27. September. Infolge der am Devisenmarkt eingetretenen Preiserhöhung war auch die Stimmung am Produktenmarkte bei etwas höheren Preisen durchschnittlich fest. Von Auslandswaren wurden namentlich Roggen und Gerste, vereinzelt aber auch Weizenmehl und Mais stärker gefragt. Lebhafter gefragt war heimischer Roggen. Sonst hielten sich die Umsätze bei leicht anziehenden Preisen in engen Grenzen.

Amtliche Notierungen (in Millionen) **für 1 Zentner ab Station**

Weizen, märk., 245—255, schles. 240—250, fest.
Roggen, märk. 220—225, fest.
Sommergerste, märk. 235—250, fest.
Hafer, märk. 215—220, pomm. 208—215, fest.
Weizenmehl 800—900, feinstes höher. Roggenmehl 700—775, fest (je 2 Ztr.).
Weizenkleie 120—130, Roggenkleie 120—130, fest.
Raps 325—350, still.

Victoriaerbsen	650—750	Lupinen, gelbe	—
Kl. Speiseerbsen	550—600	Serradella, neue	—
Futtererbsen	—	Rapskuchen	150—160
Peluschen	—	Leinkuchen	—
Ackerbohnen	—	Trockenschn.	100—110
Wicken	—	Zuckerschnitzel	—
Lupinen, blaue	—	Torfmelasse	100—110
Kartoffelflocken 225.			

Weizen- u. Roggenstroh 23—25, Haferstroh 22—23, bindfadengepreßt 17—19, gebünd. Langstroh 19—21, Wiesenheu I. Sorte 21—25, II. S. 20—21.

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 27. Sept.

Preise verstehen sich ab Lager in Deutschland für 1 Kilo.

Elektrolytkupfer	—,—	Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtb.) 99%	—
Zinkhüttenverbandspreis	—	Zinn (Banca-Straits-Australia)	165—170
Raffinade-Kupfer	50—52	Hüttenzinn (mind. 99%)	160—165
Orig.-Hütte-Weichblech	25—27	Reinnickel (98-99%)	95—100
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	29—30	Antimon (Regulus)	22—24
Remelted-Platten-Zink	20—22	Silber in Barren, ca. 900 fein für 1 kg	3400—3600
Orig.-Hütten-Alumin. i. Bl. W. dr. Bl.	92—94		

Hallesche Notierungen.

Halle a. S., den 27. Sept. 1923.

Anleihen

Ohne Gewähr. (in Tausendern). * = repartiert

3% Landsch. Zentral-Pfdbr.	80 G	4% Sächs. landsch. Pfdbr.	500G
3½% „ „ „	70 G	3½% „ „ „	800G
4% „ „ „	100 G	3% „ „ „	250G
		Dollaranleihe	—
Sparprämienanleihe	—	4% Preuß. Konsols	250G
5% Dtsch. Reichsanleihe	1800G	3½% „ „	1500B
4% „ „	—	3% „ „	—
3½% „ „	—	4% Anhalter Staatsanl.	—
3% „ „	—		
3½% Hall. Th.-Anl. v. 1888	—	3½% Halberst. Stadtanl. 61	20G
3½% Hall. Stadt-Anl. v. 1886	—	3½% „ „ 97 u 02	20G
3½% „ „ v. 1892	20G	4% Leipziger Stadtanl. 08	40G
3½% Hall. St.-Anl. v. 1900, S. III	20G	3½% Naumb St.-Anl. 89	0,200G
4% „ „ „ v. 1906	25G	3½% „ „ „ 97 u. 99	0,200G
4% „ „ „ v. 1905	25G	3½% „ „ „ 1900	0,200G
4% Hall. St.-A. v. 1910	25G	4% Nordhäuser Stadtanl.	0,200G
4% „ „ v. 1919	20G	4% Weissenf. St.-A. v. 1906	gek.
3½% Städt. Zool. Gart.-Anl.	—	3½% Zerbst St.-Anl. v. 1905	—
3½% Akener Stadt-Anl.	—	Magdebng. Pfandbriefamt	—
3½% Erf. St.-Anl. S. 01	gek.	Landlieferungsverband	15
3½% Erf. St. Anl. 88 u. 01 III	gek.	4% Sächs. Rentenbriefe	—
4% Erf. St.-Anl. III v. 88	gek.	3½% „ „	1,50
4% „ „ v. 01	gek.	3½% Provinzial-Anleihe	5G
4% „ „ v. 08 u. 10	gek.	4% „ „	8G
		3½% Unstrut-Anleihe	2G

4½% D. Grubenh. Bitterf. H.-A.	—	4½% Ellenb. Katt.-Man. H.-Anl. rückz. mit 102%	20G
5% Bruckd.-Nietl. S.-V. H.-A.	1G	5% Eisenw. Senafstädt Hyp.-Anl rückz. 101%	15G
5% G. Burbach H.-A. v. 103%	—	5% do. rückz. m. 102%	14G
4½% G. Auguste b. Bitterf.-A.	2G	4% Kyffh. H.-A. unk. bis 1915	20G
4½% „ „ „ v. 102%	2G		
4½% S.-Thür. Br.-V.-A. v. 10	10G		
5% Cröllw. Papierfabr. v. 1921	5G		
5% „ „ v. 1922	5G		

Aktien (in Millionen).

Hallescher Bankverein	40G	Hallesche Maschinen	200b
Hewag	12G	Hallesche Röhrenw.	110b
Gew.- u. Handelsb.	18G	Heckert	25G
Landcreditbank	7B	Hildebrandsche Mühlen	200B
Zörbiger Bankverein	17G	Moritz Jahr	75B
Vers. Iduna, Feuer	14B	Gebr. Jentzsch	200B
Hall. Pfannersch. A.-G.	850B	Kaiser od. Schmiedeberg	—G
Prehlitzer A.-G.	1800G	Wilh. Kathe Akt.	150
Rieb. Montanw. A.-G.	2500b	Körbisdorfer Zucker	700G
Werschen Weissenf.	—	Kyffhäuserhütte 1—8500	120G
Ammendorfer Papier	200G	Gottfried Lindner	195B
Cröllwitzer Papier	500G	Schraplauer Kalkw.	80b
Connerner Maizfabrik	40G	Wegelin & Hübner	90G
Ellenb. Kattun	250B	Zeitzer Maschinen	—
Eisenw. Brünner	190G	Zuckerraffinerie Halle	650B
F. Zimmermann & Co.	15G	Halle-Hettst. Eisenb.-A.	180G
do. V.-A.	42G	Bruckd. Nietleb. Bergb.	—
Glauziger Zucker	100G		

Vieh.

Leipzig, 27. Sept. Auftrieb: Rinder 101, Ochsen 20, Bullen 30, Kalben 10, Kühe 41, Kälber 253, Schafe 169, Schweine 277, zusammen 804. Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht (in Millionen Mark): Ochsen 1.: 18—20, 2.: 15—18, 3.: 10 bis 15. Bullen 1.: 17—18, 2.: 14—17, 3.: 10—14, 4.: 8—10. Kühe (Kalben) 1.: 18—20, 2.: 18—20, 3.: 15—18, 4.: 10—15, 5.: 6 bis 10. Kälber 1.: —, 2.: 19—20, 3.: 16—19, 4.: 12—16. Schafe 1.: 18—20, 2.: 14—18, 3.: 6—14. Schweine 1.: 35 bis 38, 2.: 39—40, 3.: 28—35, 4.: 20—28, 5.: 20—28. Geschäftsgang: Rinder sehr langsam, Kälber mittelmäßig, Schafe langsam, Schweine sehr langsam. Ueberstand: 27 Rinder, davon 11 Ochsen, 4 Bullen, 11 Kühe, 1 Kalb, 12 Schweine. Außerdem direkt zur Schlachtung 13 Rinder, 108 Kälber, 60 Schafe, 42 Schweine.

Druck und Verlag von Otto Thiele. Verantwortlich für die Politik: Adolf Lindemann; für Volkswirtschaft und Mitteldeutschland: Hermann Huth; für Lokales, Kunst und Unterhaltung und Sport: Dr. Erich Sellheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309272-15/fragment/page=0003

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

Leipziger Strasse 88 — U.T — **Leipziger Strasse 88**
Fernruf 1234 — Fernruf 1234

Ab morgen, Freitag, den 28. September 1923:
Auf allseitigen Wunsch!

Die Hauptdarsteller sind:

Lya Mara

Erich Kaiser-Titz
Ressel Orla — Albert Patry — Wilhelm Diegelmann — Herm. Picha — Karl Huszar.

Ueber die Lya-Mara-Filme braucht man nicht viel zu sagen, ist doch die Schauspielerin schon lange beliebt und geschätzt. Wie überzeugend spielt sie in diesem Film das Mädel von Piccadilly, die flotte Varieté-Tänzerin. Geschickt, tadellos ist die Regie: Friedrich Zelnick. Ressel Orla spielt als Lady Fairfax raffiniert, verführerisch als Weltdame. Im ganzen ein Film, der sein Publikum finden wird.

Vorführ.: 4.00, 6.10, 8.20.

1. Teil: **Die Brett'l-Lady.**
2. Teil: **Eine lustige Verbrecherjagd.**
Beide Teile 10 Akte **in einer Vorstellung.**

Walhalla-Lichtsp.-Theater — W.T — **Walhalla-Lichtsp.-Theater**
Fernruf 1224. — Fernruf 1224.

Ab morgen. Freitag, den 28. September 1923:

Ein Großfilm, der in den Hauptstädten Amerikas riesigen Erfolg erzielte. Ein Film, dem die Bevölkerung Halles mit berechtigter Spannung entgegensieht.

TAIFUN

7 Akte. First National-Film im Decla-Leih der Ufa 7 Akte.

Aus dem Inhalt dieses Riesenwerkes:
Mit Schmuggelerware auf der Fahrt nach San Francisco. Der Kampf zwischen dem Schmugglerschiff und einem amerikanischen Torpedoboot. Gefahrvolle Rettung von der brennenden „Tahiti". Der Kampf auf der steuerlosen „Samoa". Rettung durch Flugzeug und Torpedoboot u. a.

Die Presse schreibt: Ein Schlager: Beifallsstürme eines Publikums, das in dem Wirbel dieser nie gesehenen Sensationen, dieser packenden Handlung, diesem Massenaufgebot technischer Hochleistungen selber vom Taifun mitgerissen zu sein schien, Bei alledem sogar Logik der Handlung und eine Darstellung, die nicht beim Artistischen Halt macht, sondern Menschen von einer Echtheit hinstellt, die zum Teil geradezu verblüffend ist.

Vorführung: 4.30, 6.40, 8.50.

Fix und Fax als Autoschieber.

2 Akte. 2 Akte.

Alte Promenade 11a — U.T — **Alte Promenade 11**
Fernruf 1224. — Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 28. September 1923:

Die Sonne von St. Moritz

Internationaler Spielfilm nach dem bekannten Ullstein-Roman von Paul Oskar Höcker.
6 Akte. 6 Akte.

Der Film ist besonders reizvoll durch Originalaufnahmen, die uns die Perlen des Ober-Engadin in all ihrer Schönheit zeigen. Da erheben sich gigantische, schneebedeckte Berge, da sausen Skier imponierend durch die Landschaft, Kunstläufer zeigen auf dem Eis ihre schwere, doch graziös imponierende Kunst. Wir sehen das Leben und Treiben in den Luxushotels, werden hinaufgeführt in die kleinen Bauden in den höchsten Regionen, aber beobachten doch, dass die Landschaft immer nur Staffage bleibt und das Spiel in den Vordergrund gezogen wird. Unter der reto-nierten Regie von Hubert Moest und Friedrich Weißenberg spielen die beliebte Johannes Riemann und die blonde Hedda Vernon. Die Qualitäten der beiden Darsteller sind bekannt. Riemann sieht ausgezeichnet aus und die Vernon hat von ihrem alten Reiz auch nichts verloren. Die neben sieht man Grete Diercks und Thea Bingner, die Gattin Riemanns, als ihren Sporterfolgen nunmehr auch den ersten Filmsieg zurechnen dürfen.

Vorführung: 4.30, 6.40, 8.50.

Die Ruhrschande

Ein Film aus dem Ruhrgebiete, der von den Aufnahme-Operateuren mit geheim aus Verstecken aufgenommen werden konnte und u. a. das wahre Leben und Treiben der Besatzungstruppen zeigt. Ein Teil der Aufnahme-Operateure fand den Tod, ein Teil wurde ins Gefängnis geworfen, nur wenige haben dann den Film fertiggestellt.

Beginn in sämtlichen Theatern: Sonntags 3 Uhr, Wochentags 4 Uhr.

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

Am 25. d. Mts. verschied plötzlich der Kirchenälteste Herr Gutsbesitzer

Kurt Lutze

in Löbnitz.

Er war seit 20 Jahren Mitglied des Gemeindekirchenrats und hat in dieser Stellung der Kirchengemeinde treue und wertvolle Dienste geleistet. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Teicha, den 26. Sept. 1923.

Der Gemeindekirchenrat.

Stadt-Theater
Freitag, abends 7 Uhr:
Tannhäuser
Sonnabend, abds. 7½:
Aida.

Thalia-Theater
Sonntag, abends 7½ Uhr:
Erster Klasse.
Die kleinen Verwandten. Lottchens Geburtstag.
Lustspiele von Ludwig Thoma.

Mod. Theater.
Donnerstag
Elite-Tag
Kabarett und Ball.

ZOO.
Heute **Großer Ball.**
Volles Orch. Anf. 7 Uhr.
WITTEKIND.
Freitag, den 28. Sept., 4 Uhr nachm. **Kaffeekonzert.**
½8 Uhr abends Gesellsch.-Abend mit Tanz.
Karteninhaber ermäß. Preise.

Junger Mann,
19 J. alt, möchte **nationalgesinnten, treuen Freund kennen lernen.** Offerten unter **L. 2693** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Zurück.
Geh. Rat
Dr. Graefe,
Frauenarzt,
Friedrichstr. 17 I.

Fleisch-Offerte
Ia Mastochenfleisch Pfd. 30 000 000
do. zum Braten Pfd. 38 000 000
Ia Mastdammelfleisch Pfd. 46 000 000
Ia Kalbfleisch Pfd. 40 000 000
Ia Schweinefleisch Pfd. 54 000 000
Gebacktes Rindfleisch Pfd. 36 000 000
Rot-, Leber-, Schwartenwurst Pfd. 54 000 000
Alles andere in großer Auswahl.

Rob. Hammer,
Fleischermeister,
Kleine Klausstraße 2.
2. Geschäft: Spitze 37
b. Fleischermstr. L. Brauer.

Standuhren
mit Bimbam- u. Harfengongschlag u. Ia Messingwerk verkauft m. Garantie
Karl Franke,
Uhrmacher, Sternstr. 9.
Eigene Anfertigung, daher billigste Bezugsquelle.
Anfertigung nach Wunsch.
Zahlungserleichterung.

Wintergarten
Magdeburger Straße 66
im großen Spiegelsaal
morgen, jeden Freitag und jeden Sonntag
öffentlicher BALL.
Humoristisches Orchester.

Die C.T.-Lichtspiele
am Riebeckplatz ..... am Riebeckplatz

bieten ab morgen Freitag
mit ihren 1000 Sitzplätzen, dem erstklassigen Künstler-Orchester, der hervorragenden Film- und Bühnenschau einen Spielplan von hohem künstlerischen Wert,
Die Tragödie einer Verführten

Und dennoch kam das Glück!

6 Akte! In lachender Sonne an den Gestaden der Nordsee aufgenommen. **6 Akte!**
Spielt im Rahmen psychologischer Vertiefung der Charaktere.

Der hervorragende Bühnenteil!

Spielleitung: Hans Süssenguth.

DIANA.

Eine entzückende Groteske mit Musik und Gesang von A. Hill mit
H. Süssenguth — P. Meyer — Else Reindel
Käthe Röss.

Anfang Wochentags 4 Uhr. **Anfang Sonntags 3 Uhr.**

Gr. Ulrichstraße 51 — **Licht-Spiele** — **Gr. Ulrichstraße 51**

Ab morgen Freitag:
Der grösste Erfolg
seit Bestehen der Lichtspielkunst
Mit Stanley im dunkelsten Afrika!
Der 4. und stärkste aller Episoden:
Todesangst.
Hierzu ein ausgezeichnetes Beiprogramm!

Anfang Wochentags 4 Uhr — **Anfang Sonntags 3 Uhr.**

Bekanntmachung.

Infolge des weiteren Mangels an Zahlmitteln haben wir uns veranlaßt gesehen, Gutscheine zu 100 Millionen Mark und 500 Millionen Mark auszugeben. Die Scheine sind auf Sicherheitspapier mit Wasserzeichen gedruckt, der 100 Millionen-Schein auf braunem und der 500 Millionen-Schein auf blauem Untergrund. Der Untergrund zeigt die Zahl 100 bezw. 500. Der 100 Millionen-Schein hat die Größe von 14×8,5 cm, der 500 Millionen-Schein hat die Größe von 16×9,7 cm. Unten links befindet sich der Stempel der Reichsbahndirektion Halle (Saale), auf der rechten Seite die laufende Nummer. In den Ecken sind die Wertangaben in Ziffern angegeben. (100 bezw. 500).

Der Text in deutscher Schrift hat folgenden Wortlaut:

Einhundert Millionen
(bezw. Fünfhundert Millionen)
Mark
(Deutsches Reichspapiergeld)
zahlen die Eisenbahnkassen des Reichsbahndirektionsbezirks Halle gegen Rückgabe dieses Gutscheines.
Halle (Saale), den 26. September 1923.
Reichsbahndirektion.
Dr.-Ing. Heinrich. Stephan.

Dieser Schein verliert seine Gültigkeit vier Wochen nach Aufruf.

Aus der gleichen Veranlassung haben wir bis auf den 1. Oktober d. Js. festgesetzte Umlaufsfrist der von uns im August herausgegebenen Gutscheine zu 500 000 Mark und 1 Million Mark auf unbestimmte Zeit verlängert. Diese Gutscheine werden später besonders aufgerufen werden. Sämtliche Scheine werden an allen Kassen der Deutschen Reichsbahn, bei den Reichsbank- und Postanstalten in Zahlung genommen. Alle Bankanstalten, Handel- und Gewerbetreibenden, Behörden usw. werden gebeten, die Notgeldscheine gleich den Reichsbanknoten anzunehmen.

Halle (Saale), den 26. September 1923.
Reichsbahndirektion.
Dr.-Ing. Heinrich.

Achtung!
Händler und Sammler!

Wir sind ständiger Käufer für sämtliche
Kanin-, Hasen-, Ziegen-, Zickel- u. Katzenfelle.
Zahlen die höchsten Tagespreise!
Rohstoffverwertungsgesellsch. m. b. H.
Telephon 1577. **Domplatz 9.** Telephon 1577.

Größte Auswahl, billigste Preise in
Puppenwagen
Weitgehendste Zahlungserleichterung.
Bruno Paris, Halle,
jetzt Leipzigerstraße 12.

Ausnahme-Angebot!

Brautwagen	Parkwagen
Coupees	Dos à dos
Landauer	Selbstfahrer
Halbverdeck	Tafelwagen
Jagdgeschäftswagen mit Dachgitter	Klappwagen
	Kariolwagen
6 sitzige Jagdwagen	Leichenwagen
4 sitzige Jagdwagen	Israel. Leichenwagen
Spinnen	Kinderleichenwagen

kaufen Sie am vorteilhaftesten bei
W. Honus, Drossen N.-M.
Fernsprecher 51.

Magdeburger Herbstrennen

Sonntag 30. September. **2 Uhr** **Mittwoch** 3. Oktober.

5% Wertbeständige Goldkursanleihe der Provinz Sachsen

in Stücken von ℳ 42 Goldmark, ℳ 21 Goldmark und ℳ 4,2 Goldmark Umrechnung — ℳ 4,2 Goldmark = 1 Dollar — zum amtlichen Berliner Mittelkurs für Auszahlung New-York geben sämtliche Banken und Sparkassen
zu 100% spesenfrei
ab. Näheres ergibt der Prospekt, der bei den Banken und Sparkassen erhältlich ist.

Sächsische Provinzialbank.

Eine gute chem. Reinigung
erspart Neuanschaffung!

Mauersberger
bürgt für eine sorgfältige u. gute Arbeit.
Leipzigerstr. 66, Tel. 4620,
Geiststr. 15, Gr. Steinstr. 1/2 u. 36, Steinweg 27.

Russ. Leichtbenzin
(spez. Gew. 0,725)
faß- und kesselwaggonweise liefert
G. W. Pabst, Halle (Saale). Fernruf 6935

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309272-15/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 27. September.

Die neuen Telegramm- und Fernsprechgebühren

ab 1. Oktober.

Im Telegrammverkehr sind die wichtigsten Gebühren vom 1. Oktober 1923 an

	Tausend M.
für Ferntelegramme: Grundgebühr	6 000
und außerdem für jedes Wort	3 000
Ortstelegramme: Grundgebühr	3 000
und außerdem für jedes Wort	1 500
Zustellung bei ungenügender Anschrift	9 000
Vorausbezahlung der Eilbestellung (XP)	12 000
Stundung der Telegraphengebühren 2 Prozent des Rechnungsbetrages, außerdem für jedes Telegramm	1 500
abgekürzte Telegrammanschriften jährlich	900 000
regelmäßige besondere Zustellung jährlich	900 000

Vereinbarungen über abgekürzte Telegrammanschriften sowie solche über regelmäßige besondere Zustellung der Telegramme können bis zum 30. September 1923 zum 1. Oktober 1923 gekündigt werden.

Fernsprechgebühren vom 1. Oktober an.

Die Gebühr für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle oder einer öffentlichen Sprechstelle aus beträgt 4000 Tausend M.

Mindestens werden für einen Hauptanschluß monatlich angerechnet

	Ortsgespräche
in Ortsnetzen mit nicht mehr als 50 Hauptanschlüssen	20
„ „ „ mehr als 50 bis einschl. 1000	30
„ „ „ „ 1000 „ „ 10 000	40
„ „ „ „ 10 000	50

Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben

	Tausend M.
bei einer Entfernung bis zu 5 km einschl.	4 000
„ „ „ von mehr als 5—15 km. einschl.	8 000
„ „ „ „ „ 15—25 „ „	12 000
„ „ „ „ „ 25—50 „ „	24 000
„ „ „ „ „ 50—100 „ „	36 000
darüber für jede angefangenen 100 km mehr	12 000

Für dringende Gespräche das Dreifache, für Blitzgespräche das Hundertfache der Gesprächsgebühr für ein gewöhnliches Ferngespräch

	Tausend M.
Vorlagenanmeldung	4 000
Auskunftsgebühr	4 000
Streichungsgebühr für Gespräche	4 000
XP-, V- oder N-Gespräche für 1 Person je	16 000
für jede weitere Person	8 000
Unfallmeldegebühr	24 000

Der neue Lebenshaltungsindex

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 24. September auf das 28 Millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (14,2 Millionen) beträgt somit 97 v. H.

Der gegen Ende der Berichtswoche eingetretenen Senkung des Dollarkurses sind die Preise der Einfuhr sowie der börsenmäßig gehandelten Waren im allgemeinen gefolgt, während die Preise namentlich der animalischen Lebensmittel ausländischen Ursprunges sowie die Kohlenpreise ihre Aufwärtsbewegung noch fortsetzten. Im Gesamtdurchschnitt ergibt die auf den Stichtag des 26. September berechnete Großhandelsindexziffer das 28,2 Millionenfache der Vorkriegspreise und verharrt somit auf dem Stande vom 28. September (36 Millionenfaches).

Die Berechnung der Brikettpreise nach einem Zwangsdollarkurs

Nach Bestimmung des Reichswirtschaftsministeriums sind die Kohlenpreise von jetzt ab in Goldmark zu errechnen, und zwar so, daß der Durchschnitt des Dollargeld- und Briefkurses ermittelt durch 4,0 den Multiplikator für den in Goldmark ausgedrückten Werkpreis ergibt; hieran schließen sich die Unkosten für Fracht und sonstige Aufwendungen.

Dadurch soll erreicht werden, daß die Preise für Kohlen und Briketts sich dem Werkstande des Geldes täglich anpassen. Da überrascht uns ein an die Kohlengroßhändler gerichtetes Rundschreiben des Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikats in Leipzig vom 22. September 1923, nach welchem der Abrechnungspreis für die von diesem Syndikat abhängigen Kohlengroßhändler, zu denen sämtliche Handlungen Halles gehören, auf der Grundlage eines Dollarmindestkurses von 158 Millionen (!) zu berechnen ist. Es wird also ein Zwangsdollarkurs diktiert, welcher zur Folge hat, daß die Kohlenpreise wohl an der Steigerung des Dollars über 158 Millionen teilnehmen, an der Senkung jedoch nicht, so daß die Verbraucher also von einem billigeren Geldstande keinen Nutzen haben. Dies zeigt sich z. B. heute, wo nach der allgemeinen Vorschrift des Reichswirtschaftsministeriums der Kohlenhandelspreis frei Haus 60 500 000 M. betragen würde, nach der Berechnung des Syndikats aber 71 100 000 M. beträgt.

Die örtliche Preisprüfungsstelle ist außerstande, an diesem Preise etwas zu ändern, da sie die Festsetzungspreise der Händler als Grundlage für ihre Kalkulation zu nehmen hat, das sind diejenigen auf Basis von 138 000 000 Dollarstand. Es wird aber der Reichskohlenrat auf die Unhaltbarkeit der durch das Syndikat geschaffenen Situation nachdrücklich hingewiesen und um Abhilfe ersucht werden.

Darf der Gaspreis rückwirkend festgesetzt werden?

Mit lebhaftem Interesse werden die Gasverbraucher von dem Ausgang eines Prozesses Kenntnis nehmen, den die Gasanstalt in Hannover gegen einen ihrer Abnehmer angestrengt hatte. Der Konsument weigerte sich, für das von ihm in der Zeit vom 26. Januar bis 27. Februar verbrauchte Gas den Preis zu zahlen, der am 25. Februar von der Gasanstalt festgesetzt war; er zahlte schließlich, um eine Abstellung des Gases zu verhindern, unter Vorbehalt und verklagte die Lieferantin auf Rückzahlung des nach seiner Ansicht zu viel gezahlten Betrages. Das Amtsgericht Hannover folgte seinem Vorschlage, der dahin ging, nur den Preis zu zahlen, der nach den ergangenen Bekanntmachungen für die einzelnen Wochen gegolten hatte. Die Gasanstalt wurde verurteilt, den darüber hinausgehenden Betrag zurückzuzahlen.

Als der betreffende Konsument der Gasanstalt die Klage angekündigt hatte, machte sie sich einer kleinen Pression schuldig: sie drohte ihm das Gas abzuschneiden, wenn er die Klage nicht zurücknähme. Der Richter zeigte aber für diese merkwürdige Form, einem Vertragskontrahenten die gerichtliche Verfolgung seiner Rechte zu unterbinden, kein Verständnis, und auf Grund einer einstweiligen Verfügung wurde der Gasanstalt bei Vermeidung einer Strafe von hunderttausend Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung das Abschneiden der Gaszufuhr verboten.

Weltliche Schule oder Bekenntnisschule?

Dem „Volksblatt" zur Kenntnis und Antwort

„Die neue Schule." Unter dieser Ueberschrift brachte Nr. 223 des Volksblattes einen Artikel, dessen gemäßigte Polemik in wohltuendem Gegensatz steht zu einem kurz zuvor veröffentlichten Schriftsatz eines Schullehrers aus einem wasserarmen Dörfchen, dessen Prophetie ausklang: „Die Zeit der Kirchtürme ist vorbei."

Referent bedauert, daß die Realisierung der Weltschule ausgeblieben ist, sieht den Fehlschlag aber nur durch die gegnerische Taktik bedingt, die Weltschule als religionslos hinzustellen, worauf die Eltern und namentlich die Frauen hereingefallen seien. Darum sei einerseits der Inhalt der Weltschule weit tiefer zu erschöpfen als bisher, sie habe sich mit all den Problemen, die das All an den Menschengeist stellt, zu beschäftigen bzw. sie zu organisieren, sich auch mit religiösen, „falls" sie irgendwie an die Kinder rührten, abzufinden. Andererseits sei eine zielbewußte Lehrerschaft — die große Mehrheit besitze leider nicht die Kraft, die ausgetretenen Pfade zu verlassen — für den Austrag in dem Kampfe notwendig, um der Kirche die Spitze zu bieten.

Es ist für den, den es angeht, stets empfindlich, sich sagen zu lassen, er sei durch eine geschickte Taktik hereingefallen, weil sein Verstand damit etwas mindermertig taxiert wird. Verstand aber ist etwas, wovon jedermann glaubt genug zu besitzen, so daß er entschieden ablehnt, sobald jemand sich berufen fühlt, ihm etwas davon abzutreten.

Wenn die Weltschule nicht marschiert, so will die Volkspsyche sie eben nicht. Ohne Zweifel haben die Kreise feinerzeit in der Attacke des Materialismus eines Feuerbach und des Marxismus, die als Reaktion gegen die spekulative Philosophie und Romantik mit ihrer Ueberspannung des Jenseitsgedankens unter völliger Außerachtlassung der Wirklichkeit einen unglücklichen Riß in das Volksganze brachten, falsche Wege eingeschlagen. Durch die „Regulative" und die „Allgemeinen Bestimmungen" wurde die Schule mit religiösem Memorierstoff geradezu überhäuft, statt den Kampf mit Neubesetzung, Verinnerlichung und Erlebnistiefe des religiösen Lebens aufzunehmen. So wurde darin jene Halbbildung gezeitigt, die nach Eintritt ins Leben dem Materialismus nicht gewachsen war und ihm halb Eingang in das Seelenleben gestattete. Mit jedem Hammerschlag und jedem Aufglühen des elektrischen Funkens wurde die Achtung vor ihm und seinen Naturgesetzen unaufhaltsam belebt. Die Revolution sollte demgemäß auf dem Schulgebiete alles umwerfen.

Aber die bittere Odyssee unseres politischen Lebens und die tiefste Zerrissenheit der Volkspsyche in ihrem Leidensweg drängen zu anderer Sinnerfassung unseres Daseins. Auch der brave deutsche Arbeiter will sich an ganz anderen Dingen als marxistischer Weltauffassung und seinem schonungslosen Kampfe ums Dasein orientieren. Der geisflose Rhythmus der Maschinerie hat Mann und Frau entgeistigt und bis an den Hals in den theoretischen und praktischen Materialismus gedrängt, sie besinnen sich, daß sie geistbeherrschte Körper sind und sich von sittlichen Ideen führen lassen. Die materialistische Seite unseres Kulturganzen erfährt eine gerechte Zurückführung auf die ihr gebührenden Grenzen. Eine Kultur der Welt der Werte setzt ein. Wir heben und bekommen eben eine Zeit, die von starker religiöser Sehnsucht erfüllt ist.

Die Religionsschule hat den Beweis erbracht, daß sie für das Kindesalter ein einfacher Weg ist, zu Verantwortungsgefühl, sittlichen Ideen und ethischer Lebensauffassung anzuleiten. Mit verbesserten Methoden und Lehrstoffen, die den Gegenwartsforderungen Rechnung tragen, hat sie das volle Vertrauen der Eltern, ihr Bestes ihnen anzuvertrauen. Die Weltschule hat, um ernst genommen zu werden, erst den Nachweis zu führen, daß sie zur Religion und Ethik erzieht und dieserhalb anzugeben:

1. auf Grund welcher philosophischen, idealistischen oder materialistischen Systeme sie beide zu verwirklichen sucht, ob und wie sie den Logos zwischen Gott — Welt und Mensch einzuführen gedenkt;

2. ihre Unbefangenheit gegenüber den christlichen Systemen, die aus dem Kampf mit der griechisch-römischen und jüdischen Philosophie siegreich hervorgegangen sind, zu erklären, denn zwischen Christus und heute liegen 2000 Jahre;

3. Ihre Lehrpläne, Pensumverteilungen und Musterlektionen für die Schuljahr vom 6. bis 14. Lebensjahre zugänglich zu machen;

4. also den Nachweis zu führen, daß das Kindesalter fähig ist, die Probleme, die seit dem Altertum die Menschheit bewegt haben, zu fassen, und daß die „zielbewußten" Lehrer die Gedankentiefe, Sokratik und Beredsamkeit besitzen, jene an die Kinder heranzutragen und zu organisieren.

Ich kann den berufenen Vertretern der Konfessionsschule nur empfehlen, die Vorträge eines zielbewußten Lehrers, der meist jüngeren Geburtsdatums ist, anzuhören und unter Ausschaltung jedes pastoralen Einschlags von Offenbarungsglauben sich mathematisch präzise, logische, philosophische und schultechnische Belehrung zu erbitten über die Fragen, die angeschnitten werden. Dann ist ihnen für den weiteren Austrag mit der Weltschule ein Werturteil möglich, ob die modernisierten Entwürfe, die der flüchtige Sohn der Stunde in den Saal hineinwirft, für eine wissenschaftliche Vertiefung und schultechnische Durchführung beachtenswert erscheinen oder sich nur für die letzten Seiten des Kladderadatsch eignen.

Dem Propheten der Worte „Die Zeit der Kirchtürme ist vorbei", gebe ich zu überdenken, daß außerhalb des Weichbildes seines Dorfes Imperien gegangen und gekommen sind, aber der Fels Petri abliehen ist. Wir haben im sozialistischen Preußen sogar einen Fels hinzubekommen, eine Nuntiatur in Berlin. Um Kirchtürme niederzureißen, muß man rüstiger sein als nur seinen Sommernachtstraum zum besten zu geben. Voltaire wetterte seint halbes Leben: Ecrasez l'infame. Er bekannte aber: der Glaube an Gott wird erst unentbehrlich, wenn wir eingesehen haben, daß wir ohne ihn das Leben nicht ertragen können. Nur der Glaube an einen gerechten Gott hilft über die Verzweiflung hinweg. Si dieu n'existait pas, il faudrait l'inventer.

In der Unzerstörbarkeit der Idee des Uebersinnlichen, in den Postulaten der praktischen Vernunft: sittliche Freiheit, Unsterblichkeit und Gott, die Tugend und Glückseligkeit wie Ursache und Wirkung verbinden müssen, liegt letzten Endes der Sieg der Religionsschule über die Weltschule begründet, nicht in oberflächlichen Manipulationen, wie: geschickte Taktik und meisterhafte Benutzung des Gemütslebens der Frau, die vom politischen Denken abgesperrt sei.

Dr. Wilh. Böhmer.

— **Ein geringer Preisabbau für amerikanisches Fett und Margarine** war gestern hier in den Stadtgeschäften zu verzeichnen. Man hätte erwarten können, daß eine ähnliche Erscheinung sich auch auf dem heutigen Wochenmarkte bemerkbar machen würde. Aber diese Hoffnung war trügerisch, denn die Preise für Fleisch- und Wurstwaren waren weiter in die Höhe gegangen; Gemüse war nicht teurer geworden. Es wurden gefordert für 1 Pfd. Schweinefleisch 56 Millionen Mark, Rot- oder Leberwurst 60 Millionen Mark, Schmeer 48 Mill. M., Fett oder Speck 70—76 Mill. M. An einigen Ständen wurde Geflügel verkauft. Hühner kosteten pro Pfd. 25 Mill. M., Tauben das Stück 20 Mill. M., während für Gänse pro Pfund 27 Mill. M. verlangt wurden. Nach Kartoffeln hielt man vergeblich Ausschau. Pflaumen gab es in großer Zahl, trotzdem aber mußte ein Pfund mit 1,2 Millionen Mark bezahlt werden.

— **Lebensmitteldiebe.** In der Nacht zum 25. September wurde es die Mühle des Stadtgutes Gimritz eingebrochen und 2 Fahrräder, Marke Gongo u. Brennabor, sowie Weizen und Roggen gestohlen. Der Geschädigte hat eine Belohnung in bar oder Lebensmitteln ausgelobt. Sachdienliche Angaben nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 67 oder 68, entgegen. — In der Nacht vom 26. zum 27. September wurde in das Lebensmittelgeschäft Reiff, Friedrichplatz 4, durch Oeffnen der Ladentür mittels Nachschlüssels eingebrochen. Gestohlen wurden Brot, Brotmarken, Mehl und Wechselgeld. Die Ermittelung der Täter ist von der Kriminalpolizei aufgenommen worden.

— **Verzicht auf Miete?** Die Groß-Berliner Hausbesitzer haben sich in der letzten Sitzung ihrer Organisation allen Ernstes mit der Frage beschäftigt, ob es sich angesichts der unzureichenden Mietzuschläge nicht empfiehlt, am 1. Oktober auf jede Miete zu verzichten und die Verwaltung der Häuser und die Zahlungen einzustellen. Nur mit großer Mühe soll es dem Vorsitzenden gelungen sein, den Beschluß der sofortigen Zahlungseinstellung zu verhindern. Heute betragen die festen Zuschläge zur Grundmiete das 28 000,4 fache, für Oktober verlangen die Vermieter eine Erhöhung, die für einzelne Positionen bis zum 750 000 fachen der Grundmiete geht.

— **Zulassung überklebte Postkarten.** Ueberklebte Postkarten sind jetzt von der Reichspost versuchsweise zugelassen worden, sowohl überklebte schon gebrauchte, wie überklebte zurechtgeschnittene Karten ähnlicher Art. Die Ueberklebungen dürfen aber die Eigenschaft der Sendung als Postkarte nicht aufheben. Das Papier muß der ganzen Fläche nach aufgeklebt sein. Dann darf die Karte nach der Ueberklebung höchstens 8 Gramm wiegen. Die Aufschriftseite muß wie die amtliche Karte so eingerichtet sein, daß die Anschrift deutlich niedergeschrieben werden kann und Stempeladdrücke, postdienliche Vermerke sowie das Aufkleben der Freimarken nicht beeinträchtigt werden.

— **Herstellung von Millionenmarken.** Der, wie bereits berichtet, am Montag in Kraft tretende neue Postarif bringt mit seiner durchschnittlichen achtfachen Erhöhung Gebühren, die in die Millionen gehen. Um bei Einsetzen des erhöhten Tarifes einem Mangel an hochwertigen Postwertzeichen vorzubeugen, hat das Reichspostministerium bereits vor einiger Zeit Briefmarken von 1, 2, 3 und 5 Millionen bei der Reichsdruckerei in Auftrag gegeben. Die neuen Marken sollen zum Teil noch vor Montag in den Verkehr gebracht werden.

Wann gehe ich ins Stadttheater?

Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
7½–10¾ Tiergartenliebe	7½–10¾ Affen um Liebe	—	—	7½–10¾ Affen um Liebe	7—10¾ Tausendsassa	7½–11 Aida

Was unsere Leser sagen

Der Laienprediger Graf

In Nr. 422 dieser Zeitung vom 9. September wurde auf die Vorträge des „Predigers" Graf aus Amerika, seine „Wunderheilungen" an Kranken und die vom nationalen Standpunkt aus erhobenen Bedenken hingewiesen. Hierzu nahm Herr Superintendent Meinhof in Nr. 425 Stellung. Er hält Graf nicht für einen Politiker, sondern glaubt, daß seine Absichten rein religiös sind. Gleichzeitig sagt Herr Meinhof, daß er selbst über den Krieg denke wie Luther und E. M. Arndt. Nunwohl, deren kerndeutsche, der Grafschen völlig entgegengesetzte Auffassung, sollte es uns zur Pflicht machen, die Grafsche Sache, die sowohl das nationale als auch das religiöse Gefühl deutscher Männer verletzen muß, mit größter Vorsicht zu betrachten. Herr Graf hat u. a. bei Auslegung der Bibelstelle Buch der Richter 6/7 folgendes gesagt: „Der Herr hat Gideon zu seinem Werkzeug gemacht und mit 300 Posaunenbläsern das große Heer der Midianiter verjichtet. Ihr würdet vielleicht denken, ihr müßtet, um die Franzosen zu besiegen, ein großes Heer aufstellen und Hindenburg bitten, die Führung zu übernehmen. Ich aber sage euch, damit könnt ihr nichts erreichen; ihr müßt auf den Herrn vertrauen, er wird, wenn er es für richtig hält, für euch sorgen. Ihr müßt nur glauben an den Herrn." Ein anderes Mal sagte Graf: „Wir müssen auch die Franzosen lieben, sie seien unsere Brüder, wie jeder andere, wir sollten ihnen nur die Bruderhand reichen." Soll man da nicht mißtrauisch werden? Steckt dahinter nicht Pazifismus?

Gehört ein Mann wie Graf auf die Kanzel einer deutschen evangelischen Kirche? Das religiöse Gefühl sträubt sich dagegen, heute ihn, morgen unsere Pastoren auf der Kanzel zu sehen, ganz zu schweigen von dem Handauflegen vor dem Altar und sonstigen Handlungen usw., die nicht in unsere Kirchen gehören. Alle Bemängelungen hier aufzuführen, würde über den Rahmen eines kurzen Zeitungsaufsatzes hinausgehen.

Graf will im Oktober in der Kirche St. Georgen seine Versammlungen fortsetzen. Es ist nötig, daß bis dahin Klarheit über ihn und seine Bestrebungen auch für die Oeffentlichkeit geschaffen wird.

W. B.

Zu den Bedenken des Herrn W. B.

Joh. Hinr. Wichern, der gewaltige Herold der Volksmission, sah 1848 mit Sorge „einen Enthusiasmus, den da meinte, ein deutsches Reich bauen zu können, ohne das Reich Gottes zu bauen." Das ist unsere Auffassung. Luther in seiner Schrift: „Ob Kriegsleute auch im seligen Stande sein können", die eben jetzt wieder der größten Beachtung wert ist, weist grade auch auf das Beispiel Gideons (Richter 6/7) hin und erinnert nachdrücklich daran, daß man nicht im Trotz „auf die gerechte Sache" den Sieg von Gott verlangen könne, sondern auf seine Gnade und Barmherzigkeit sehen müsse. Oder haben wir es denn etwa nicht erleben müssen, daß der herrliche Hindenburg uns nicht hat retten können, weil in der großen Menge des Volks bei hoch und niedrig die Voraussetzung dazu, die Gottesfurcht, fehlte? Kann uns geholfen werden, wenn sie uns nicht wieder geschenkt wird? Und wir sollten einem Manne, der — wie wir uns überzeugen konnten — so eindrucksvoll Menschen zu Gott ruft, die Kirchen versagen? — — Daß dabei manches mit unterläuft, was nicht jeder billigt, versteht sich von selbst.

Die Verantwortung dafür trägt H. Pred. Graf, der dazu Mannes genug ist. Sollten aber dadurch andere zu einem heiligen Wetteifer angefacht werden, daß sonntäglich alle unsere Kirchen bis auf den letzten Platz gefüllt wären, wie in den letzten Wochen die Stephanuskirche; mehr noch: wollten wir alle mit ganzem Ernst uns mit unserem Volk und für unser Volk zu Gott hinwenden mit der ehrlichen Tat unseres Lebens, dann dürfen wir für die Zukunft hoffen! Wie wünschen von ganzem Herzen, daß aus unseren eigenen Gemeinden Männer auf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309272-15/fragment/page=0005

stehen, die mit der elementaren Macht, wahrhaft christlichen Glaubens unser Volk packen und wecken. Und man wird schwerlich von uns verlangen, daß wir ihnen die Kirchen verschließen und sie — in die Seelen drängen. **Meinhof, Pastor.**

Zusatz der Schriftleitung. Hiermit schließen wir die Erörterung des „Falles Graf". Wie wir erfahren, soll er nächstens in einer öffentlichen Versammlung besprochen werden, in der Anhänger und Gegner Grafs, Pastoren und Laien, das Wort nehmen werden. Wir möchten schon jetzt auf diese Versammlung aufmerksam machen.

Vereins-Nachrichten

— **Hallescher Schwimmverein von 1902.** Freitag, den 28. September, 8 Uhr abends Monatsversammlung im „Ev. Vereinshaus", Mittelstraße. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erforderlich.

— **Vereinigung ehem. Angeh. des Reserve-Inf.-Regts. Nr. 36.** Sonnabend, den 29. September, Ausflug nach Molmersswende bei Wippra zum Hirschbrüllen. Treffpunkt: 1.15 nachm. vor dem Hauptbahnhof.

— **Rheinländervereinigung.** Sonntag, den 30. September Ausflug n. d. Schreberschlößchen, Galgenberg, mit anschließendem Kinderfest und Ueberraschungen. Treffpunkt 2½ Uhr Reitkaserne.

— **Deutscher Herold, Ortsgruppe Halle.** Mitgliederversammlung heute Abend 8 Uhr im Stadtschützenhaus, Franckestraße. Gäste können eingeführt werden.

— **Im Thalia-Theater** findet am Sonntag ein Ludwig-Thoma-Abend statt. Von dem bayerischen Humoristen gehen drei seiner wirksamsten Lustspiele in Szene: „Erster Klasse", „Die kleinen Verwandten" und „Lotichens Geburtstag". Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters.

— **Vom Bund Deutscher Verkehrsvereine (Sitz Magdeburg)** wird uns geschrieben: Die Herabsetzung des Grundpreises der 4. Wagenklasse bei der kürzlich in Kraft getretenen Neufestsetzung des Multiplikators auf 20 Millionen von 2,2 Pf. auf 1,5 Pf. entspricht den vom Bund Deutscher Verkehrsvereine gestellten Anträgen, die Grundpreise für die 3. und 4. Klasse niedriger anzusetzen. Als Gründe hatte der Bund für seine Forderung den Grundpreis der 3. Klasse auf 2,4 Pf., der 4. Kl. auf 1,5 Pf. die Verarmung weiter Schichten angegeben, für die die Friedenstarife nicht tragbar seien. Gleichzeitig hatte der Bund Stellung gegen die im Frieden unbekannten Mindesttarife genommen, wie bereits seit deren Einführung im Oktober, und es erreicht, daß diese zunächst von 11 Kilometer auf 9, dann auf 8 und nunmehr auf 6 Kilometer herabgesetzt sind. Der Bund selbst hatte sich für 5 Kilometer ausgesprochen. Der Bund wird auch weiter für eine den Wirtschaftsverhältnissen Rechnung tragende Tarifgestaltung eintreten, ganz besonders auch dafür, daß für die Berechnung der Zeitkarten, denen vor dem Kriege 14 Einzelfahrten zugrunde gelegt wurden, wiederum diese Zahl und nicht mehr die durch nichts anderes als eine Rechnungsbequemlichkeit gewählte Zahl 20 genommen wird.

Turnen, Spiel und Sport

Neues vom Rennsport

Ein sehr ungünstiges Abfohlergebnis hat in diesem Jahre das fiskalische Gestüt Altefeld gehabt. Von den 41 staatlichen Stuten sind nicht weniger als 16 güst geblieben, fünf Stuten verfohlten und vier Fohlen gingen ein, so daß aus den 41 Stuten nur 16 Vertreter des Jahrganges 1923 vorhanden sind. Unter ihnen stechen besonders hervor eine von Dark Ronald gezogene Halbschwester von Anschluß und Abschluß, sowie zwei Dark-Ronald-Hengste a. d. Abendluft und a. d. Adresse.

Graf Ferry, einer unserer populärsten Rennpferde aus dem Stalle der Herren A. und C. v. Weinberg, hat seine Rennlaufbahn beendet und wird in der kommenden Deckfaison neben Fels, Vergoleso und seinem Erzeuger Fervor in Waldfried als Beschäler wirken. Der Fünfjährige hat eine an Erfolgen reiche Rennlaufbahn hinter sich, gewann er doch nicht weniger als 25 Rennen.

Jockey Heidt, der seit zwei Jahren auf den Pferden des Grafen Seidlitz-Sandreczki tätig war, hat für 1924 ein Engagement in seiner Heimat Ungarn angenommen und zwar am Stall des Herrn Boros.

Vollblutimport nach Oesterreich. Der österreichische Jockey-Klub hat in England 20 Jährlinge anbauen und nach Oesterreich bringen lassen. Diese Jährlinge kommen in der nächsten Zeit zur Versteigerung, doch dürften nur österreichische Rennstallbesitzer und Züchter, denen die Ausfuhr der Pferde verboten ist, die Pferde erwerben. Dadurch erfährt der Rennsport in Oesterreich eine ganz gewaltige Verstärkung.

Magdeburger Herbstrennen

Für die letzten Rennen am Sonntag, den 30. September, und Mittwoch, den 3. Oktober, ist der Nennungsschluß gut ausgefallen. Es wurden für die 14 Rennen der beiden Tage 341 Unterschriften abgegeben, die sich auf dem vielseitigen Programm der beiden Tage vorteilhaft verteilen.

Am ersten Tage steht das Traum-Rennen über 1600 Meter mit 36 Unterschriften an erster Stelle, während am 2. Tag das Magdeburger Herbst-Jagdrennen im Werte von 5 Milliarden 28 Unterschriften vereinigt. Wenn also auch das größte Rennen auf den Mittwoch gelegt wird, so ist die Verteilung der 7 Flach- und 7 Jagdrennen doch derartig vorgenommen, daß auch der Sonntag reichhaltigen Sport bietet. Von allen Dingen ist darauf Bedacht genommen, allen Pferdeklassen Gewinnmöglichkeiten zu geben, so daß eine gute Besetzung garantiert ist.

Für die Rennstallbesitzer stehen außerdem noch eine Anzahl erlesene Ehrenpreise bereit. Besonders dürfte aber der vollkommen freie Transport der Pferde sowie die freie Verpflegung der Trainer und des gesamten Personals die Rennstallbesitzer veranlassen, alles zu schicken, was irgendwie für Magdeburg bereit gestellt werden kann.

Vorschau auf Hoppegarten am Freitag. 1. Rennen: Morgane — Abbazia; 2. Rennen: Abendwolke — Puppenfee; 3. Rennen: Piarist — Soto; 4. Rennen: Cosimo — Barde; 5. Rennen: Abgott — Revolutionär; 6. Rennen: Stall Weinberg — Marquise; 7. Rennen: Träumer — Bajuvare; 8. Rennen: Markgräfin — Kleve.

West- gegen Norddeutschland

Zu dem am 14. Oktober in Hamburg stattfindenden Vorrundenkampf um den Fußball-Bundespokal zwischen West- und Norddeutschland hat der westdeutsche Spielverband folgende Mannschaft aufgestellt: Zörner (Köln); Riffe (Düsseldorf), Leeker (Bielefeld); Pohl (Köln), Sieger (Düsseldorf), Pohl (Bielefeld); Rudolf (Düsseldorf), Lücke (Düsseldorf), Horn (Essen), Claus-Oehler (Bielefeld), Kirchhof (Duisburg). Ersatz: Homann (Siegen).

Der Fußball-Städtekampf Berlin—Kopenhagen ist auf Antrag der Dänen für den 28. Oktober nach Kopenhagen abgeschlossen worden. Dagegen mußte das für den 14. Oktober vorgesehene Freundschaftsspiel zwischen den Verbandsmannschaften von Norddeutschland und Berlin wegen der wahnwitzigen Preispolitik der Reichsbahn abgesagt werden.

Die Spielvereinigung Fürth unterlag auch in ihrem zweiten Spanienspiel gegen den F.-K. Barcelona, und zwar diesmal mit 2:1, nachdem der erste Kampf 4:2 zugunsten der Spanier ausgegangen war.

Der Fußball-Länderkampf Deutschland—Norwegen findet am 5. November statt, aber nicht, wie zuerst beschlossen, in Berlin, sondern in Hamburg.

Aus Mitteldeutschland

Zeit ist Geld — aber nicht in Preußen

Senftenberg, 26. September.

Ein nettes Beispiel für die produktive Arbeit mancher Behörden bringt folgendes Geschichtchen:

Am 10. Mai erscheint im „Senftenberger Anzeiger" eine Annonce: „Wachsamer Hofhund zu verkaufen; zu erfragen Buchdruckerei Rubland". Der Steueraufsehdienst des Finanzamtes Kalau schneidet diese Annonce aus und schickt sie ausgeschnitten dem Finanzamt Hoyerswerda, das im Rubland liegt, zur „gefälligen weiteren Veranlassung gem. § 40 Absatz 4 und 5 des Umsatzsteuergesetzes" zu. Porto 100 Mark.

Das Finanzamt Hoyerswerda wendet sich an die Buchdruckerei Rubland zur Erforschung des Auftraggebers, Mitte Juni. Porto 100 Mark.

Die Buchdruckerei tut dem Finanzamt den Gefallen und nennt den Auftraggeber, 23. Juni. Porto 100 Mark.

Das Finanzamt Hoyerswerda sendet dem Finanzamt Kalau die Feststellung zu „zur weiteren Veranlassung", da der Auftraggeber im Bezirk Kalau wohnt, Anfang August. Porto 1000 Mark.

Das Finanzamt Kalau wendet sich an den Gemeindevorsteher des Dorfes, in dem der Verkäufer wohnt, mit dem Ersuchen, festzustellen, ob, wann und an wen das „Objekt" verkauft ist und zu welchem Kaufpreis, am 4. September. Porto 75 000 Mark.

Jetzt muß der Gemeindevorsteher die Fragen dem Finanzamt Kalau zurücksenden, kostet 75 000 Mark.

Im Oktober 1923 erhält der Verkäufer vielleicht den Umsatzsteuerbescheid, und da dann das Porto sicher wieder erhöht ist, beträgt es vielleicht 500 000 Mark.

Im ganzen sind dann also 651810 Mark an Porto ausgegeben, ungerechnet der Verbrauch von Papier, Briefumschlägen, Federn und Tinte und — vor allem — die Arbeitszeit der Beamten, die den Schriftwechsel leisteten. Und wofür? Nun, der Hund wurde für 60000 Mark verkauft — das macht bei 2 Prozent Umsatzsteuer also 1200 Mark, geschrieben: zwölfhundert Mark.

Großfeuer in Unterröblingen

Unterröblingen am See, 27. September.

In vergangener Nacht brannte das große Bauerngut von Otto Müller in Unterröblingen am See nieder. Zwei große Scheunen und die gesamte Stallung des Gutes sind vollständig ausgebrannt, nur das Wohnhaus blieb unversehrt. Es liegt allem Anschein nach Brandstiftung vor.

Eisenach, 26. Sept. (Vergebene Liebesmüh.) Seitdem Prof. Rinkens am 1. April das Kantorat an St. Georg niedergelegt hatte, bemüht man sich, einen Ersatz für diesen Posten zu finden. Alle Bemühungen waren bis jetzt jedoch vergeblich, was um so mehr befremdend wirkt, als diese Stellung zu den hervorragendsten in Thüringen gehört.

Braunschweig, 25. Sept. (Die Kirche — hie Staat!) Die Braunschweiger Landeskirche hat ihre Trennung vom Staate in bezug auf ihre leitenden Organe ab 1. September d. J. durchgeführt und an die Spitze der evangelischen Landeskirche tritt jetzt der bisherige Pastor Dr. theol. Bernewitz als Landesbischof. Er ist der Präsident der Kirchenregierung und zugleich Vorsitzender der obersten Verwaltungsbehörde des Landeskirchenamtes, das an die Stelle des Konsistoriums tritt. Die Einführung und Verpflichtung des Landesbischofs erfolgte heute nachmittag im Dom mit der diesem kirchlichen Ereignis gebührenden Feierlichkeit.

Ein skandalöser Zustand

Wir lesen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung":

„Das Prager Regierungsblatt, die deutschfeindliche „Prager Presse", hat kürzlich einen zwar sachlich falschen, aber um so dicker aufgetragenen Lobeshymnus auf den sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner veröffentlicht. Dazu wird der Prager deutschen Zeitung „Bohemia" aus Dresden geschrieben: „Wer ist nun der Verfasser dieser unwahren Darstellung? Der Artikel der „Prager Presse" ist unterzeichnet A. W. Das ist niemand anderes als der Journalist A. Winter, der bis in die allerletzte Zeit Münchener Korrespondent der „Prager Presse" war und jetzt im sächsischen Ministerium des Aeußeren angestellt ist. Die „Münchner Neuesten Nachrichten" behaupten sogar, er sei gleich Legationsrat geworden. Ob das wahr ist, sei dahingestellt. Jedenfalls ist es mehr als sonderbar, daß Winter einen vielfach wahrheitswidrigen Lobesartikel zugunsten seines neuen Chefs in ein offiziöses Blatt eines fremden Staates lanciert. Die „Prager Presse" hat den Artikel überschrieben: „Von unserem Korrespondenten". Es ergibt sich also die wohl einzig dastehende Tatsache, daß das Prager Regierungsblatt einen Korrespondenten hat, der im Ministerium des Auswärtigen eines deutschen Staates tätig ist. Welche Möglichkeiten sich da für die tschechische Politik ergeben, aus erster Quelle über die geheimsten Dinge in Deutschland informiert zu werden, liegt auf der Hand."

Das Musterland Sachsen wächst sich allmählich zum Land der unbegrenzten Skandal-Möglichkeiten aus, das beweist auch folgende Meldung:

Dresden, 27. September.

Die radikalen Erwerbslosen Dresdens haben vom Rat der Stadt gefordert, daß die Leiche des erschossenen Kennedie im großen Saale des Rathauses aufgebahrt und der allgemeinen Besichtigung freigegeben würde. Der Rat hat das Ersuchen natürlich abgelehnt.

Zwei Todesopfer der Zittauer Krawalle

Zittau, 27. September.

Am Dienstag nachmittag gegen 3 Uhr hatten sich auf dem Marktplatz in Zittau vor dem Rathaus etwa 600—800 Demonstranten angesammelt. Das Polizeiaufgebot wurde von den Demonstranten tätlich angegriffen. Die Menge war mit Totschlägern, Steinen, Latten usw. bewaffnet. Insbesondere wurden gegen das Rathaus große Ziegelsteine, die auf einem Wagen herangeschafft worden waren, geschleudert. Außerdem wurden drei Revolverschüsse auf die Polizeiwache, die sich im Rathaus befindet, abgegeben. Kurz vorher war ein Waffengeschäft geplündert worden. Bei dem Vorgehen der Demonstranten gegen das Rathaus wurden die Polizeibeamten mit Steinwürfen überschüttet. Dabei wurden vier Beamte verletzt, einer davon schwer. Infolge der bedrohlichen Lage machten die Beamten in der Notwehr, ohne Befehl dazu erhalten zu haben, von der Schußwaffe Gebrauch. Bis jetzt wurden vierzehn Verletzte und zwei Tote gemeldet. Gegen 9 Uhr fanden Verhandlungen statt, mit deren Resultat die Demonstranten einverstanden waren. Es handelt sich um Feststellung der Toten und Verwundeten und Freilassung der Inhaftierten, soweit sie keine strafbare Handlung begangen haben. Im Rathaus sind sämtliche Fensterscheiben des ersten und zweiten Stockwerkes zertrümmert. Am späten Abend trat Ruhe in der Stadt ein.

Bürgerkrieg in Bulgarien

Mailand, 27. September.

Ein Telegramm aus Sofia besagt: die Aufständischen aus Südbulgarien marschieren gegen die Hauptstadt. Jankoff habe seine Demission eingereicht, die auch vom König angenommen worden wäre. Dieser habe zugleich die Sobranje aufgelöst.

Ein großes Bergwerksunglück

London, 26. September.

In einem Bergwerk bei Falkirk in der Nähe von Glasgow sind heute früh infolge Wassereinbruches etwa 40 Bergleute ums Leben gekommen. Bisher sind 20 Tote geborgen. Das Unglück ist das größte, das seit 1913 in England vorgekommen ist.

Raubüberfall auf eine ganze Familie

Hamburg, 27. September.

Gestern abend drangen in Lokstedt in die Wohnung der Familie Poppe mehrere Räuber mit dem Ruf: „Hände hoch!" ein. Die aus acht Personen bestehende Familie wurde gefesselt und in den Keller eingesperrt, darauf die ganze Wohnung ausgeraubt und die Sachen im Auto abtransportiert. Die Räuber hatten vorher die Fernsprechleitung zerstört. Sie waren etwa acht Stunden lang in der Wohnung tätig.

Das Wetter am Freitag:

Wetterbericht der „Hallschen Zeitung".
Eigener Drahtbericht unserer Schriftleitung.

Das Nordseetief ist unter weiterer Verflachung ostwärts weitergezogen und ist heute nur noch als flache Rinne niedern Drucks über dem Ostseegebiet sichtbar. Die letzten Ausläufer des Tiefs veranlaßten in Mitteldeutschland gestern und nachts gemeist noch geringe Niederschläge. Die Temperatur zeigt wenig Aenderung. Wie vermutet, ist hoher Druck von Südwesten her nach Mitteleuropa vorgedrungen. Er wird für die Witterungsgestaltung zunächst maßgebend sein.

Voraussichtliche Witterung am 28. September: Zumeist heiter, trocken, tagsüber wärmer.

Stellen-Angebote

Ein besonders bei Industrie und Behörden bestens eingeführter

Vertreter

von einer der ältesten Farben- und Lackfabriken Norddeutschlands gesucht.

Ausführliche Offerten mit Angabe des in Frage kommenden Bezirkes sowie Aufgabe von Referenzen unter H. B. 2117 an **Rudolf Mosse, Hamburg 1.**

Geschäftsgewandter Sekretär gesucht (Sportler, ehem. Soldat bevorz.). Schriftl. Bew. mit kurzem Werdegang an das Büro des Hall. Ausschusses f. L., Alte Promenade 6.

Flotte **Stenotypistin** mit guten englischen Sprachkenntnissen für sofort gesucht. Schriftl. Angebote erbeten an **Deutsche Malzena-Gesellschaft, A.-G., Barby a. Elbe.**

Schafwolle

sollen Sie nur an **Fa. Paul Theuring** verkaufen, das ist die richtige Firma für Sie, deshalb verkaufen Sie heute noch an

Paul Theuring G. m. b. H.

Fernruf 5659. **Halle (Saale), Triftstr. 24.** Fernruf 4363.
Haltestelle der Straßenbahnlinie Nr. 7.

Drucksachen! Alle Drucksachen für die Industrie liefert in vornehmer Ausstattung preiswert **Otto Thiele,** Buch- und Kunstdruckerei, Halle a. S., Leipzigerstraße 61/62.

Einige tüchtige Zeitungs-Verkäufer gegen hohe Provision sofort gesucht. **Hallesche Zeitung,** Leipzigerstraße 61/62.

Suche ältere, selbständ. **Köchin od. Stütze,** w. perf. k. m., ferner bess. **Haus- oder Stubenmädchen** m. etw. Nähk., 2 Verk.-Aushilf. Stelle Hausl. Angb. Tarifohn. **Frau Emil Schütze, Sangerhausen.**

Kaufgesuche

Fahrrad (Transportrad) neu oder gebraucht zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter Z. 3595 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kaufe jeden Posten **Heu, Kartoffeln Rüben u. Stroh** **Paul Reber,** Futtermittelgroßhdlg., Rendnitz b. Greiz

Verkäufe

Besseres, neueres **Haus** von privater Hand zu verkaufen. Off. unt. L. 3[illegible] a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Ca. 2 Zentner **Kupfer** zu verkaufen. Off. unt. Z. 3696 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstige Besorgungen nur bei den Inserenten der „Hallschen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192309272-15/fragment/page=0006